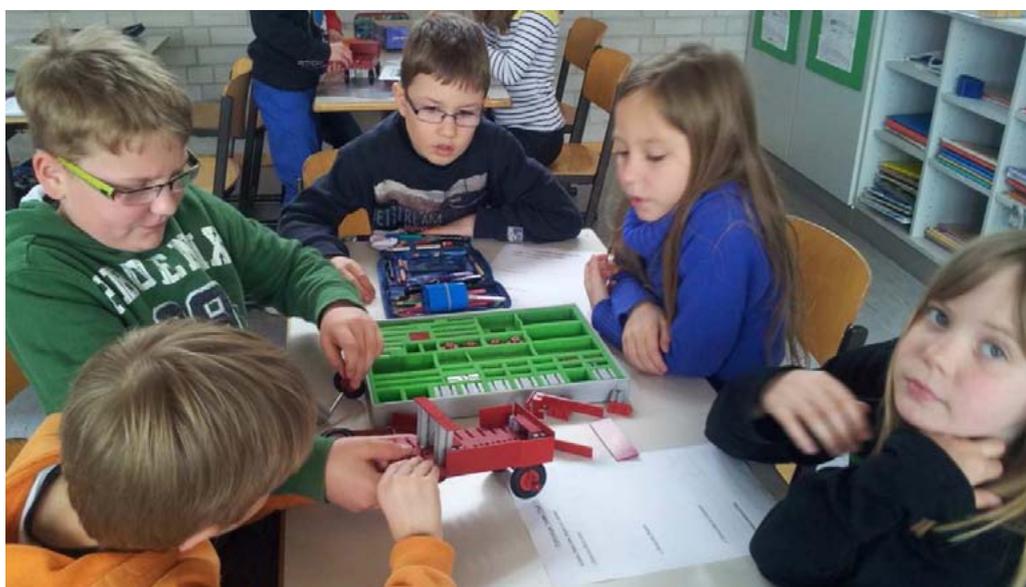


Abschlussbericht zum Projekt

Vielfalt in Bildung

Eine Schule für alle – jetzt!



Abschlussbericht zum Projekt „Vielfalt in Bildung. Eine Schule für alle – jetzt!

Herausgeber:

Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V.

Invalidenstr. 29, 10115 Berlin

Tel.: 030 83001-270

Fax: 030 83001-275

E-Mail: info@beb-ev.de

Internet: www.beb-ev.de

Das Dokument steht als kostenloser Download zur Verfügung unter <http://www.vielfalt-in-bildung.de>, Rubrik „ Projektdokumentation“

Arbeitsbereich:

Bildung

Themenhüterin im BeB-Vorstand:

Astrid Faber

Titelfoto: Privat/Grundschule Lichtenstern, Löwenstein

© BeB

Berlin, im Oktober 2013

Gefördert durch  **AKTION**
MENSCH

| | | |
|----------|---|-----------|
| 1 | Einleitung | 5 |
| 2 | Projektziele | 7 |
| 3 | Projektdurchführung | 11 |
| | 3.1 Projektbeginn und Laufzeit..... | 11 |
| | 3.2 Teilnahmekriterien..... | 11 |
| | 3.3 Projektstruktur | 12 |
| | 3.4 Schulinterne Eröffnungsveranstaltungen | 13 |
| | 3.5 Zusammenarbeit | 14 |
| | 3.6 Projektende..... | 15 |
| 4 | Berichte der Projektschulen | 17 |
| | 4.1 Finneck-Schule Maria Martha..... | 17 |
| | 4.2 Luise-Scheppler-Schule | 27 |
| | 4.3 Ev. Schulzentrum Martinschule | 31 |
| | 4.4 Katharinenschule Schneidlingen | 35 |
| | 4.5 Grundschule Lichtenstern | 41 |
| 5 | Projektergebnisse | 47 |
| 6 | Bildungspolitische Beobachtungen | 51 |
| | 6.1 Politische Fragen für die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems..... | 55 |
| | 6.2 Politische Empfehlungen für die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems..... | 56 |
| 7 | Resümee und Ausblick | 59 |
| | Literatur | 61 |

1 Einleitung

Der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe e.V. (BeB) ist ein Fachverband im Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung. Seine rund 600 Mitgliedseinrichtungen halten Angebote für mehr als 100.000 Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung aller Altersstufen bereit. Damit deckt der BeB wesentliche Teile der Angebote der Behindertenhilfe sowie der Sozialpsychiatrie in Deutschland ab. Als Zusammenschluss von evangelischen Einrichtungen, Diensten und Initiativen fördert, unterstützt und begleitet der BeB Menschen mit Behinderung oder psychischer Erkrankung und deren Angehörige und wird selbst durch zwei Beiräte aus diesen Interessengruppen kritisch begleitet. Im Arbeitsbereich Bildung vertritt der BeB rund 90 Förderschulen in unterschiedlicher Ausprägung.

Bereits im Vorfeld der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention hatte sich der Bundesverband evangelische Behindertenhilfe (BeB) mit dem Thema der schulischen Inklusion befasst. In seinem 2008 veröffentlichten Positionspapier „Von der Integration zu Bildungseinrichtungen, für die Inklusion selbstverständlich ist“ empfiehlt der BeB „den Schulen und Einrichtungen der Diakonie und den evangelischen Schulen, eine Vorreiterrolle auf dem Weg zur inklusiven Bildung einzunehmen“. Um die Umsetzung dieser Empfehlung zu unterstützen, wurde mit einer Vorlaufzeit von knapp zwei Jahren das Handlungsprogramm „Eine Schule für alle – jetzt!“ entwickelt und 2010 von Aktion Mensch bewilligt und für den Projektzeitraum 1. November 2010 bis 31. Oktober 2013 gefördert. Ohne diese Förderung hätte das Projekt nicht durchgeführt werden können. Der Aktion Mensch gebührt unser ausdrücklicher Dank.

2 Projektziele

Das von der Aktion Mensch geförderte Handlungsprogramm „Vielfalt in Bildung. Eine Schule für alle – jetzt!“ unterstützt den Ausbau inklusiver Bildung und Erziehung in Deutschland. Dies geschah im Zeitraum 1. November 2010 bis 31. Oktober 2013 modellhaft in fünf Schulen in unterschiedlichen Bundesländern als Projekt des Bundesverbandes evangelischer Behindertenhilfe e.V. (BeB e.V.) unterstützt durch das Evangelische Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE). Das Projekt versteht sich als ein Beitrag zur Umsetzung der UN-Behindertenrechts-Konvention, die sich für eine inklusive Bildung und Erziehung ausspricht und die Vertragsstaaten dazu verpflichtet. Dabei unterscheidet die Konvention nicht zwischen öffentlichen und privaten Schulen, sondern bezieht sich auf die gesamte Schullandschaft.

Das Projekt orientiert sich an dem aus dem fachwissenschaftlichen Diskurs hervorgegangenen, international gebräuchlichen Inklusionsbegriff. Demnach umschreibt Inklusion den Anspruch, allen Menschen unabhängig von ihrer sozialen und kulturellen Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer Religion, ihrer Behinderung usw. die volle und gleichberechtigte Teilhabe in allen Lebensbereichen zu ermöglichen. Inklusion ist damit ausdrücklich nicht auf die Heterogenitätsdimension Behinderung beschränkt. Auf die Institution Schule bezogen meint Inklusion den seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland bestehenden Rechtsanspruch einer gemeinsamen und chancengerechten Beschulung aller Schülerinnen und Schüler¹ in der Regelschule. Inklusives Schulsysteme setzen voraus, dass Vielfalt und individuelle Unterschiede von Schülerinnen und Schülern als Normalität und Ressource betrachtet werden und allen Kindern und Jugendlichen die volle Teilhabe am schulischen Leben ermöglicht wird. Entsprechend wendet sich das dem Projekt zu Grunde liegende Inklusionsverständnis der Vielfalt von Menschen in ihren Begabungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, ihren Stärken und Schwächen, physischen und psychischen Voraussetzungen positiv zu. Alfred Hovestädt fasste es 2010 in die Worte: „Inklusion beschreibt die Gleichwertigkeit eines Individuums, ohne dass dabei Normalität vorausgesetzt wird. Normal ist vielmehr die Vielfalt, das Vorhandensein von Unterschieden“.

Bezogen auf Erziehung und Bildung bedeutet Inklusion nach Tony Booth (2003, S. 10):

- „die gleiche Wertschätzung aller SchülerInnen und MitarbeiterInnen,
- die Steigerung der Teilhabe aller SchülerInnen an (und den Abbau ihres Ausschlusses von) Kultur, Unterrichtsgegenständen und Gemeinschaft ihrer Schule,

¹ Der leichten Lesbarkeit wegen wird nicht immer ausdrücklich die weibliche und männliche Form verwendet. Wo nur Schüler oder Lehrern etc. genannt werden, sind auch Schülerinnen und Lehrerinnen gemeint.

- die Weiterentwicklung der Kulturen, Strukturen und Praktiken in Schulen, so dass sie besser auf die Vielfalt der SchülerInnen ihres Umfeldes eingehen,
- den Abbau von Barrieren für Lernen und Teilhabe aller SchülerInnen, nicht nur solcher mit Beeinträchtigungen oder solcher denen besonderer Förderbedarf zugesprochen wird,
- die Anregung durch Projekte, die Barrieren für Zugang und Teilhabe bestimmter SchülerInnen überwinden und mit denen Veränderungen zum Wohl vieler SchülerInnen bewirkt werden konnten,
- die Sichtweise, dass Unterschiede zwischen den SchülerInnen Chancen für das gemeinsame Lernen sind und nicht Probleme, die es zu überwinden gilt,
- die Anerkennung, dass alle SchülerInnen ein Recht auf wohnortnahe Bildung und Erziehung haben,
- die Verbesserung von Schulen nicht nur für die SchülerInnen, sondern auch für alle anderen Beteiligten,
- die Betonung der Bedeutung von Schulen dafür, Gemeinschaften aufzubauen, Werte zu entwickeln und Leistungen zu steigern,
- den Auf- und Ausbau nachhaltiger Beziehungen zwischen Schulen und Gemeinden,
- den Anspruch, dass Inklusion in Erziehung und Bildung ein Aspekt von Inklusion in der Gesellschaft ist.“

Inklusive Schulstrukturen tragen maßgeblich dazu bei, gesellschaftliche Ausgrenzung zu reduzieren und Wertschätzung in einem respektvollen Umgang miteinander zu verankern. Inklusion ist ein Ansatz zur umfassenden Bildungs- und Gesellschaftsentwicklung. Je eher alle Menschen gemeinsam lernen und leben, desto selbstverständlicher wird das Miteinander auch in späteren Lebensjahren und Lebensbereichen. Schulische Erziehung und Bildung haben zum Ziel, individuelle Ressourcen und Kompetenzen zu entwickeln, zu fördern und zu erhalten. Die volle gesellschaftliche Teilhabe ist mit der Achtung der Autonomie und der sozialen Wertschätzung eines jeden Kindes und Jugendlichen verbunden. Eine Haltung aller Beteiligten, die davon ausgeht, dass „Unterschiede zwischen den SchülerInnen Chancen für das gemeinsame Lernen sind und nicht Probleme, die es zu überwinden gilt“ (Index für Inklusion, S. 10), ist die Grundlage einer gelingende Inklusion. Inklusion verändert nicht nur die Bereiche Schule und Bildung, sondern die gesamte Gesellschaft.

Dies vorausgesetzt verfolgt das Projekt die Absicht, Beiträge zu leisten, die helfen und Mut machen, den Ansatz einer „Schule für alle“ zu verwirklichen. Das Projekt bot eine Möglichkeit für die beteiligten Projektschulen, sich auf den Weg zu machen und mit Begleitung die Entwicklung zu einer Schule für alle zu starten. Die Schulen haben unterschiedliche Impulse

aufgegriffen und waren bestrebt, zielgerichtet ihre Arbeit auf eine Schullandschaft auszurichten, die der Vision von Inklusion näher kommt. Dieser Weg wurde und wird bestimmt durch die in jeder der fünf Projektschulen vorliegenden sehr unterschiedlichen Bedingungen, die durch die landes- und bundespolitischen Verhältnisse, die Gesetzeslage, die Finanzierungsstrukturen, die jeweiligen Schulträger, die Schulgemeinde bestehend aus Kindern, Eltern, Lehrern und anderen Mitarbeitenden entstehen.

Der gesteckte Rahmen für Schulentwicklung war im Projekt prozessorientiert angelegt. Ziel des Projektes war es, die Schulen bei der Nutzung der Spielräume auf dem Weg zu einer Schule für alle zu unterstützen. Die Bereitstellung einer Online-Plattform (<http://www.vielfalt-in-bildung.de>) bot Vernetzungs- und Informationsmöglichkeiten. Auf individuell vereinbarten, mit der Schulleitung abgestimmten Veranstaltungen wurde die Projektbegleitung auf die jeweiligen Bedürfnisse angepasst und abgestimmt. Es entstand ein gemeinsamer, kooperativer (Lern-)Prozess, der seine Impulse vor allem aus der jeweiligen Projektschule erhielt.

3 Projektdurchführung

3.1 Projektbeginn und Laufzeit

Seinen Anfang nahm das Projekt mit einer Informationsveranstaltung im März 2011, in Hannover, zu der alle evangelische Schulen und alle BeB-Mitgliedsschulen eingeladen waren. Vertreter von 20 Schulen (zwei Grund- und 18 Förderschulen) waren der Einladung gefolgt.

Die Veranstaltung bot den interessierten Schulen die Möglichkeit, sich über die Ideen, Vorstellungen, Ziele und Erwartungen des Projekts zu informieren und sich mit den am Projekt Mitarbeitenden auszutauschen. Die Darstellungen gelingender Praxisbeispiele sollten Neugierde, Entschlossenheit und Mut machen und die Schulmitglieder unterstützen, sich auf den Entwicklungsweg zu einer Schule für alle zu machen und sich als Projektschule zu bewerben.

3.2 Teilnahmekriterien

Die Ausschreibung richtete sich an evangelische und diakonische Regel- sowie Förderschulen im Primar- und Sekundarbereich im gesamten Bundesgebiet. Die Projektkapazitäten waren auf die Begleitung von fünf Schulen ausgelegt. Die interessierten Schulen wurden daher aufgefordert, sich mit den zur Verfügung gestellten Bewerbungsbögen für eine Teilnahme am Projekt zu bewerben. Bewerben konnten sich selbstverständlich auch Schulen, die an der Informationsveranstaltung in Hannover nicht teilgenommen hatten. Der Bewerbungszeitraum endete am 1. Juni 2011. Im selben Monat erhielten die Bewerberschulen die Entscheidung über ihre Teilnahme.

Für eine Teilnahme waren u. a. folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

- Die Schulgemeinschaft nimmt durchgehend in den Schuljahren 2011/12 und 2012/13 an dem Projekt teil und unterstützt es eigenaktiv, aufgeschlossen und motiviert.
- Die Schule organisiert zu Beginn des Schuljahres 2011/12 eine schulinterne Eröffnungsveranstaltung für das Projekt mit allen Schulmitgliedern.
- Die Schule richtet eine schulinterne Arbeitsgruppe für das Projekt ein. Diese Gruppe setzt sich aus Schüler/innen, Lehrer/innen, Schulleitung, Eltern und externen Mitgliedern zusammen.
- Die Schule legt für die Dauer des Projekts ein Schulportfolio an.
- Das gesamte Schulteam nimmt regelmäßig an Fortbildungen zu Inklusionsthemen teil.

Unter den neun eingegangenen Bewerbungen wurden die fünf Schulen ausgewählt, die diesen Kriterien am besten entsprachen.

3.3 Projektstruktur

Projektträger:

Bundesverband evangelische Behindertenhilfe mit Unterstützung des Evangelischen Werks für Diakonie und Entwicklung (EWDE)

BeB-Projektteam:

Astrid Faber, für das Thema Bildung zuständiges Vorstandsmitglied im BeB

Dr. Laurenz Aselmeier, Projektleiter bis 30.06.2012²

Anja Wetzel, Projektreferentin bis 30.09.2012

Birgit Benad, Projektreferentin ab 01.11.2012

Projektschulen:

Luise-Scheppler-Schule, Hildesheim-Sorsum, Niedersachsen

Ev. Schulzentrum Martinschule, Greifswald, Mecklenburg-Vorpommern

Grundschule Lichtenstern, Weinsberg-Gellmersbach, Baden-Württemberg

Finneck-Schule Maria Martha, Rastenberg, Thüringen

Katharinenschule, Schneidlingen, Sachsen-Anhalt

Bei den für die Teilnahme ausgewählten Schulen handelt es sich um Förderschulen, die selbst bzw. deren Träger Mitglied im Bundesverband evangelischer Behindertenhilfe sind. Evangelische Regelschulen hatten sich nicht beworben.

Projektbeirat:

Das Handlungsprogramm wurde während seiner gesamten Laufzeit von einem Projektbeirat begleitet. Der Projektbeirat hatte eine vernetzende, beratende und multiplizierende Funktion. Die in ihm vertretenen Experten mit ihrer spezifischen Fachlichkeit, ihren individuellen Erfahrungen und Interessen gaben Gedankenanstöße und Handlungsanregungen sowie eine fachliche Basis für die Projektarbeit. Die Mitglieder des Beirats standen dem Projektleiter und den Projektreferentinnen beratend zur Seite, aber auch – wo gewünscht – den beteiligten Projektschulen.

² Die Stelle des Projektleiters wurde aufgrund eines Personalwechsels während der Projektlaufzeit nicht wieder besetzt.

Der Projektbeirat traf sich fünfmal, davon je einmal auf Wunsch der Schulleitungen an den Projektschulen in Hildesheim und Greifswald. Bei diesen Treffen war neben dem Verlauf des Gesamtprojekts insbesondere die Situation der gastgebenden Schule Teil der Tagesordnung.

Der Projektbeirat setzte sich aus folgenden Personen zusammen:

Doris Beneke, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung, Berlin

Arne Fillies, Bundesschülerkonferenz, Meppen, Niedersachsen³

Antje Funcke, Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh, Nordrhein-Westfalen

Dr. Uta Hallwirth, Wissenschaftliche Arbeitsstelle Evangelische Schule, Hannover, Niedersachsen

Wolfgang Hamberger, BeB-Angehörigenbeirat, Vierkirchen, Bayern

Prof. Dr. Andreas Hinz, Institut für Rehabilitations- und Integrationspädagogik, Martin-Luther-Universität, Halle, Sachsen-Anhalt

Uta Kumar, NRW-Bündnis Eine Schule für alle, Bielefeld, Nordrhein-Westfalen

Dr. Helga Schlichting, Förderzentrum Janusz Korczak, Höngeda, Thüringen

Dr. Peter Wachtel, Niedersächsisches Kultusministerium, Hannover, Niedersachsen

Hartmut Wahl, Evangelischer Schulbund Nord e. V., Hamburg

3.4 Schulinterne Eröffnungsveranstaltungen

Mit dem Schuljahr 2011/12 begann die aktive Zusammenarbeit zwischen den Schulgemeinschaften und dem Projektteam. An den jeweils ganztägigen schulinternen Eröffnungsveranstaltungen nahmen Vertreter aus allen Gruppen teil – Schulleitung, Lehrerkollegium, Schülerschaft, Eltern, andere Schulmitarbeiter und Trägervertreter.

Ziel der Eröffnungsveranstaltungen war, allen Teilnehmenden eine Einführung in das Projekt und die Arbeit mit dem Index für Inklusion (Booth 2003) zu geben und erste gemeinsame Schritte zu vereinbaren. Diese Vereinbarungen wurden in einem Maßnahmenplan festgehalten, an dem sich alle Schulmitglieder orientieren konnten, und der in genau dieser Form (s. u.) zumindest an einer Schule auch durch das gesamte Projekt konsequent weiter geführt wurde.

³ Mitglied im Beirat bis zum Ende seiner Schulzeit

| Wichtigste „Baustelle“ | konkretes Ziel <i>Was genau wollen wir erreichen?</i> | Maßnahmen <i>Wie wollen wir es erreichen?</i> | Unterstützung / Bündnispartner <i>Wen wollen wir einbeziehen?</i> | Verantwortliche / Beteiligte <i>Wer hat dafür den Hut auf?</i> | Zeitraumen / Realisierungszeitraum <i>Bis wann erfolgt was?</i> | Erfolgskriterium / Qualitätsmerkmal <i>Wann sind wir zufrieden?</i> |
|-------------------------------|---|---|---|--|---|---|
| | | | | | | |

Im nächsten Schritt formierte sich eine schulinterne Projektgruppe, an der sich Lehrkräfte, Schüler/innen, Eltern und externe Personen beteiligten. Sie waren der Motor ihrer Schulentwicklung, übernahmen konkrete Maßnahmen und Aufgaben im Veränderungsprozess, wozu auch die Information der Schulgemeinde über die Projektarbeit gehört.

Am Ende der Veranstaltung übergab das BeB-Projektteam den ersten Mitgliedern der Projektsteuergruppe einen Portfolio-Ordner. Dieser Ordner diente der Dokumentation aller Vorgänge während der Schuljahre 2011/12 und 2012/13.

3.5 Zusammenarbeit

Weitere Handlungsplanungen und -schritte orientierten sich an den Ergebnissen der schulinternen Eröffnungsveranstaltung. In der Zusammenarbeit nahm das BeB-Projektteam eine begleitende, beratende und unterstützende Rolle ein. Es wurde auf eine hohe Selbstständigkeit und Nachhaltigkeit innerhalb der Modellschulen gesetzt.

Die regionalen Projektgruppen trafen sich in unterschiedlicher Häufigkeit. In der Regel nahm die Projektreferentin an den Sitzungen teil.

Die Zusammenarbeit mit den regionalen Steuerungsgruppen wurde erschwert durch den Arbeitsplatzwechsel sowohl des Projektleiters als auch der Projektreferentin, die Ende Juni bzw. Ende September 2012 den BeB verließen. Dieser Personalwechsel rund ein Jahr vor Projektende blieb nicht ohne Folgen für das Projekt und seinen Verlauf. So wurden z. B. die vorgesehenen Regionalworkshops statt wie geplant im Herbst 2012 erst im Winter 2012/13 und auch nur an drei der fünf Schulen durchgeführt.

Ziel der Regionalworkshops war die Präsentation und Diskussion einer Zwischenbilanz mit einer interessierten Öffentlichkeit sowie die Förderung der regionalen Vernetzung. Sie dienten auch der Bestätigung in die Schulen hinein, weiterhin trotz aller Schwierigkeiten auf dem richtigen Weg zu sein und das richtige Ziel zu verfolgen.

Um den Erfahrungsaustausch zwischen den beteiligten Schulen zu ermöglichen, fand im September 2012 in Leipzig ein gemeinsames Treffen der Schulleiter der Projektschulen mit dem BeB-Projektteam statt. Eine Sitzung zur Auswertung des Projekts ist im gleichen Kreis für September 2013 in Fulda geplant.

3.6 Projektende

Das Projekt schließt mit dem Abschlussbericht und seiner Präsentation. Der Abschlussbericht markiert nicht das Ende der schulinternen Entwicklungsprozesse, sondern ist als Resümee des Projektteams aufzufassen. Die Projektergebnisse werden – auch dies ist dem Personalwechsel geschuldet – erst im März 2014 auf der Lehrer- und Lehrerinnen-Tagung des BeB in Weimar vorgestellt werden.

4 Berichte der Projektschulen

Die nachfolgenden Berichte wurden in den Projektschulen entweder von der Schulleitung oder als gemeinsamer Beitrag der Projektsteuerungsgruppen erstellt. Sie beschreiben den Projektverlauf aus Sicht der Schulleitungen.

4.1 Finneck-Schule Maria Martha



Finneck-Schule "Maria Martha"

Herrenstraße 34

99636 Rastenberg

- Schultyp:**
- a) Staatlich anerkannte Förderschule mit dem Bildungsgang zur individuellen Lebensbewältigung
 - b) Integrative Ganztagsgrundschule

Schulstandorte: Die Stammschule der Finneck-Schule befindet sich im Zentrum der Stadt Rastenberg (Thüringen). In dem 2006 erbauten bzw. teilweise rekonstruierten Gebäude sind die Förderschule und die Grundschule untergebracht. Die integrative Ganztagsgrundschule ist zum Schuljahr 2012/2013 mit einer Lernstufe I eröffnet worden. Das zweite Schulgebäude befindet sich in Sömmerda (ca. 25 km entfernt). Hier lernen ca. 50 Förderschüler/innen von der Unter- bis zur Werkstufe.

Zudem werden Schüler in unserem Projekt „Lernen unter einem Dach“ beschult (mehr dazu auf der Website <http://www.stiftungfinneck.de/index.php?id=178>). Die Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf lernen in Grundschulklassen und einer Regelschulklasse an den kooperierenden staatlichen Schulen. Ein Sonderpädagoge der Finneck-Schule und ein Lehrer der staatlichen Schule unterrichten im Team gemeinsam eine Klasse.

Was sollte erreicht werden?

Die Finneck-Schule „Maria Martha“ – Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung – beschult seit 20 Jahren Kinder mit diesem Förderschwerpunkt.

Im Schuljahr 1997/1998 begannen wir, mit der staatlichen Grundschule Rastenberg zu kooperieren. Eine Klasse der Finneck-Schule bezog Räume in der Grundschule und nahm an einigen Unterrichtsstunden teil; Projekte und Veranstaltungen wurden zusammen organisiert.

Diese guten Erfahrungen veranlassten uns mit der staatlichen Grundschule in Rastenberg unser integratives Projekt „Lernen unter einem Dach“ im Schuljahr 2000/2001 ins Leben zu rufen. Von da an wurden jährlich drei bis vier Kinder der Finneck-Schule mit dem Förderbedarf geistige Entwicklung gemeinsam mit ca. 14 Grundschulkindern eingeschult. Die Kinder gehörten zu einer Klasse und besuchten zusammen den Unterricht, der von nun an durch einen staatlichen Pädagogen und einen Pädagogen unserer Schule vorbereitet und durchgeführt wurde.

Die Nachfrage der Eltern nach integrativer Beschulung nahm zu, und wir eröffneten weitere Außenstellen an den Grundschulen in Sömmerda und Ebeleben. Spannend war der Übergang von der Grundschule in die Regelschule. Es gelang uns gemeinsam mit den staatlichen Regelschulen in Buttstädt und Sömmerda „Lernen unter einem Dach“ auch dort fortzuführen.

Seit dem Jahr 2000 haben wir 95 Kinder in unserem Integrationsmodell „Lernen unter einem Dach“ beschult. Damit stellte sich unsere Stiftung den bildungspolitischen Entwicklungen und hat entsprechende Beschulungsmodelle für den gemeinsamen Unterricht von Kindern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf geschaffen.

Erfolgreich integrierten wir 13 Jahre Kinder mit dem Förderschwerpunkt „geistige Entwicklung“ wohnortnah in guter Zusammenarbeit mit staatlichen Grund- und Regelschulen und befanden uns damit auf dem Weg zu einer „Schule für Alle“.

Im Jahre 2010 wurde von Seiten des Ministeriums die Zusammenarbeit staatlicher und freier Schulen für ungesetzlich erklärt und unser Beschulungsmodell „Lernen unter einem Dach“ sollte beendet werden. Der gemeinsame Unterricht – ein staatliches Modell – sollte die Integration ermöglichen, Förderschulen sollten keine Schüler mehr aufnehmen, sondern als Kompetenzzentren dienen. Die staatlichen Förderpädagogen wurden von den Förderschulen an die Grundschulen geschickt. Für uns als private Einrichtung kam diese Möglichkeit nicht in Frage und so mussten wir unsere Ziele und Aufgaben neu ausrichten und neue Wege finden, um als Förderschule und als integrative Einrichtung weiterhin verschiedene Bildungsmodelle, entsprechend den Ansprüchen unserer Schüler, anbieten zu können.

Wir überprüften unser Profil und waren uns einig, dass wir weiterhin Fördereinrichtung mit Kompetenzen im Bereich Sprache, Autismusförderung, Beschulung von Kindern mit schweren Beeinträchtigungen bleiben und gleichzeitig unser Profil erweitern wollten, um unsere integrative Arbeit weiter zu verfolgen. Somit entschieden wir uns, unsere Erfahrungen in der integrativen Arbeit in einer eigenen integrativen Grundschule anzuwenden, zu erweitern und die Schule in unserem Sinne weiter zu entwickeln. Wir gründeten unsere Grundschule unter dem Dach der Förderschule und wollten diesen Prozess durch die Teilnahme am BeB-Projekt „Vielfalt in Bildung“ begleitet wissen.

Überzeugung, Verständnis und die Mitverantwortung aller Kollegen war und sind die großen Ziele hinsichtlich der auf uns zukommenden Veränderungen.

Das große Ziel der Förderschule der Stiftung Finneck ist die schulische Umgestaltung in eine integrative Gemeinschaftsschule – immer mit Blick auf die bestehende Förderschule, die weiterhin einen wichtigen und festen Platz im Gesamtkonzept der Finneck-Schule „Maria Martha“ haben wird.

Wie sind wir vorgegangen?

Am Anfang des Weges bildete sich die Steuergruppe im Projekt „Vielfalt in Bildung“. Die Gruppe setzt sich aus Mitarbeitenden, Schülern und Externen zusammen, die in den unterschiedlichen Bereichen der Schule tätig sind. Dass es uns gelungen ist, auch Interessierte von außen für die Mitarbeit in der Gruppe zu begeistern, bildete eine gute Grundlage für die gemeinsame Arbeit. Die Vielfalt der Meinungen war eine Bereicherung.

Innerhalb der Steuerungsgruppe haben wir uns im Abstand von ca. acht Wochen getroffen. Wir besprachen zu Beginn jeden Treffens das Protokoll der letzten Sitzung und planten am Ende der Sitzung den nächsten Termin und die anstehenden Themen. Dabei wurden Aufgaben verteilt und Ergebnisse in den Sitzungen vor- oder zusammengetragen. Da auch alle Mitarbeitenden die Informationen und Ergebnisse der Gruppe erhalten sollten, haben wir uns geeinigt, nach jeder Teamsitzung im jeweiligen Bereich Wichtiges zu berichten.

Aus einer Fülle von Zielen und Aufgaben einigten wir uns, die Erweiterung und Umgestaltung unserer Förderschule und Grundschule mit Hilfe des Index für Inklusion zu betrachten.

Innerhalb einer schulinternen Lehrerfortbildung, die von der Steuerungsgruppe organisiert worden war, bearbeiteten wir ausgewählte Fragen aus dem Index. Die Fragen wurden in Workshops diskutiert und präsentiert. Dabei wurden folgende Fragen besprochen:

1. Wo stehen wir in Bezug auf die ausgewählte Index-Frage?

2. Wo wollen wir hin?

3. Wie können wir die Ideen umsetzen?

Daraus ergab sich dann für die weitere Arbeit in der Steuerungsgruppe ein Maßnahmenplan, der unsere Arbeitsgrundlage bildete, in dem vereinbarte Maßnahmen, mögliche Kooperationspartner, Verantwortlichkeiten und ein Zeitrahmen festgehalten wurden (Raster des Aktionsplans s. S. 9).

Ein weiterer Punkt in unserer Arbeit im Rahmen des Projekts war der Regionalworkshop, bei dem unser Projekt „Vielfalt in Bildung“ vorgestellt wurde. Der Film „Berg Fidel“ stimmte uns ein, mit Mitarbeitern, Eltern, Schülern und weiteren Interessierten unsere Vision von Schule zu diskutieren. Die Ergebnisse dieses Abends wurden in einer Mitarbeiterkonferenz der Schule präsentiert und weiter bearbeitet.

Was entwickelte sich positiv?

Aus dem Kreis der Steuergruppe wurden folgende Punkte aufgezählt:

- Es gab eine „Bestandsaufnahme“.
- Wir sind miteinander ins Gespräch gekommen.
- Der Austausch zwischen Schulleitung, Pädagogenteam und Schülern war gut.
- Die Stärken unserer Schule wurden benannt.
- Gedanken und Ideen zur weiteren Schulentwicklung wurden gesammelt (Regionaltag).
- Gute Gespräche nach dem Film „Berg Fidel“.
- Der in dem Film dargestellte „Klassenrat“ wurde schon von einigen unserer Klassen in die Praxis umgesetzt.
- Unsere „neue“ Grundschulklasse im Schulteil Rastenberg macht Inklusion begreifbar.

Welche Schwierigkeiten gab es?

Aufgrund der Dezentralisierung unserer Schule mit ihren verschiedenen Schulstandorten gab es zahlreiche organisatorische Probleme bezüglich der Treffen, aber gleichzeitig auch eine große Chance, weil die Treffen eine zusätzliche Möglichkeit waren, dass sich zumindest einige Mitarbeiter der unterschiedlichen Außenstellen zum Gedankenaustausch zusammenfinden konnten.

Zu Beginn des Projektes wurden die Mitglieder der Steuergruppe von Mitarbeitern angesprochen, die den Eindruck hatten, dass wir unsere jetzige Arbeit schon kaum bewältigen können. Warum sich noch etwas Neues aufladen? In den ersten Sitzungen der Projektgruppe nahm der Austausch über diese Ängste viel Raum ein und die Diskussionen bremsen anfangs die Arbeit der Gruppe.

Die Treffen haben den Start der schon geplanten integrativen Grundschule begleitet. Auch hier konnten zahlreiche befürchtete und reale Schwierigkeiten besprochen werden. Es war nicht immer einfach, die Transparenz bezüglich der Arbeit und der Ergebnisse der Steuergruppe für alle Pädagogen herzustellen (Information in den Teamsitzungen, Einladung aller Mitarbeiter zu den Steuergruppentreffen). Der Wille zur Weiterführung der integrativen Grundschule als weiterführende Integrative Gemeinschaftsschule ist bei den Mitarbeitern vorhanden, allerdings liegen noch zahlreiche Fragen und Probleme vor uns (Standort, Räumlichkeiten, Organisation, Mitarbeiter...).

Welche Rückschlüsse gab es für die Organisationsentwicklung der Finneck Schule im Allgemeinen?

Es gab viele Ängste der Mitarbeiter hinsichtlich der aufkommenden Veränderungen in unserer Schule. Bis zum Jahr 2012 erfolgte integratives Lernen nur an den staatlichen Schulen. Nun sollte integratives Lernen im eigenen Haus stattfinden, Kinder ohne Förderbedarf würden gemeinsam mit Schülern mit Förderbedarf an der Finneck-Schule lernen. Das, wovon an der Finneck-Schule immer nur gesprochen, aber nur außerhalb der eigenen Mauern realisiert wurde, sollte nun im eigenen Haus, unter dem eigenen Dach stattfinden. Somit mussten sich alle Kollegen, nicht nur die Kollegen in der Integration, intensiver mit dem Thema „Integration“ bzw. „Inklusion“ auseinandersetzen. Viele inhaltliche und organisatorische Fragen und Zweifel beschäftigten das Kollegium.

In einer ersten Klausursitzung mit allen Mitarbeitern wurde dies deutlich. Insbesondere vier Fragen beschäftigten das Kollegium:

1. Wie war der Alltag der Grundschule mit dem der Förderschule in Einklang zu bringen?

Die Unterrichtszeiten der Förderschule und die der Grundschule mussten angepasst werden, Pausenzeiten und Essenzeiten mussten gut durchdacht und organisiert werden. Die Ferienbetreuung musste neu überdacht und organisiert werden, da sich mit Beginn der Grundschule die Ferienbetreuungszeiten erweiterten. Diese konnte nun auch von den Eltern der Kinder der Förderschule in Anspruch genommen werden. Die Einsätze und Arbeitszeiten der Kolle-

gen mussten dahingehend geprüft und neu überdacht werden. Ein Ferienbetreuungsbeauftragter wurde benannt, der die Organisation der Arbeitszeiten übernahm. Die Kollegen der Grund- und Förderschulen arbeiten nun gemeinsam in der Ferienbetreuung und betreuen Kinder mit und ohne Förderbedarf. Ein erhöhter Aufwand bei der Vorbereitung der Ferien machte sich deutlich.

2. Wie sollten die Kollegen eingesetzt werden ohne den regulären Betrieb der Förderschule zu gefährden?

In der Grundschule arbeiten vier Kollegen, von denen zwei ebenso in der Förderschule eingesetzt sind. Genaue Absprachen und gute Organisation und Zusammenarbeit sind Grundlage für diese Einsätze der Kollegen.

3. Waren Fachlehrer, Kompetenzen, Räumlichkeiten in ausreichendem Maße vorhanden?

Die Fachlehrer für Religion und Sport arbeiten vorrangig in der Förderschule, werden für einige Stunden in die Grundschule abgeordnet. In dieser Zeit muss der Unterricht an der Förderschule anderweitig abgesichert werden. Auch hier sind gute organisatorische Absprachen und eine enge, kooperative Zusammenarbeit wichtig.

Auf Grund der Klassengröße (15 Kinder) mussten gleich 2 Räume für die Grundschule eingerichtet werden. Für die Leitung musste ein Verantwortlicher für die Grundschule als gleichberechtigtes Mitglied neben den Verantwortlichen für die Förderschule gefunden werden – die Schulleitung wuchs zahlenmäßig.

Den gesamten Anfangsunterricht wollten und mussten wir durch unser eigenes Personal absichern. Kollegen, die neben ihrem Staatsexamen an Förderschulen auch das Staatsexamen an Grundschulen haben und die bis 2012 als Förderpädagogen an der Finneck-Schule arbeiteten, mussten ihre Arbeit nun auf den Lehrplan der Grundschule erweitern und ausrichten.

Der Lehrplanstoff Klasse 1/2 wurde zieldifferent aufbereitet, da in der Grundschulklasse Kinder mit ganz unterschiedlichen Lernvoraussetzungen eingeschult wurden. Hinzu kam ein Schüler mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung, und es lernten neben 11 Kindern, die das erste Schulbesuchsjahr vor sich hatten, vier Kinder im zweiten Schulbesuchsjahr. Dafür musste eine ganz individuelle Unterrichtsgestaltung gefunden werden, damit alle Kinder ihren Möglichkeiten und Bedürfnissen entsprechend lernen konnten und können.

Ein Pädagoge und eine sonderpädagogische Fachkraft arbeiten im Zwei-Pädagogen-System in der Grundschule. Unterstützt werden sie durch zwei weitere sonderpädagogische Fachkräfte und zwei Fachlehrer.

4. Wie könnte die Zusammenarbeit Förderschule und Grundschule funktionieren?

Eine gute Zusammenarbeit beider „Schulteile“ muss darauf abzielen, allen Kindern die bestmögliche Förderung und Forderung zu ermöglichen. Ein guter Einsatz aller Kollegen, kollegiale Absprachen, Austausch über Unterrichtsinhalte und -methoden, Möglichkeiten des Austausches (Zeiten, Räume ...), gemeinsame Teamsitzungen sind Grundlage für eine echte Zusammenarbeit. Obwohl es zwei Schulteile unter dem Dach der Finneck-Schule gibt, sollen sich alle Kollegen als ein Kollegium fühlen. Es soll keine Unterscheidung in Grundschulkollegen und Förderschulkollegen geben, sondern alle sind Kollegen der Finneck-Schule, die in unterschiedlichen Bereichen tätig sind.

Alle Kollegen versuchen, Möglichkeiten für integratives Lernen zu finden. Momentan finden die Freitagsandachten mit der Unter- und Mittelstufe der Förderschule und der Lernstufe I der Grundschule statt. Kleine Unterrichtsprojekte werden von den Kollegen der Primarstufe, der Förderstufe und der Lernstufe I geplant und durchgeführt.

Viele Kollegen haben immer noch enorme Ängste, dass die Kinder mit schwerer Beeinträchtigung im Zug der Umstrukturierung nicht mehr die Aufmerksamkeit erhalten, die sie benötigen. Hierauf richten wir unser besonderes Augenmerk.

Wir wollen eine Gemeinschaftsschule für Kinder mit und ohne Beeinträchtigung, mit integrativen Klassen und speziellen Klassen, die zusammen lernen, leben und arbeiten und in denen die Kinder ihre Besonderheiten haben können und diese immer Beachtung finden werden. Gemeinsam von Kollegen der Förder- und Grundschule wurde ein Programm für die Schnuppertage für alle neu einzuschulenden Kinder mit und ohne Förderbedarf, egal ob für die Grundschule oder die Förderschule, entwickelt, geplant, vorbereitet, durchgeführt und ausgewertet. Für alle teilnehmenden Kinder wurde im Laufe der Schnuppertage ein Profilbogen, welchen die Kollegen ebenfalls gemeinsam entwickelt hatten, erstellt. Er gibt erste Hinweise über die Lernvoraussetzungen der Schulanfänger und ist Ausgangspunkt für die Portfolioarbeit.

Veränderungen für die Finneck-Schule

Nach nunmehr einem Jahr integrative Grundschule der Finneck Schule „Maria Martha“, liegen die zweiten Schnuppertage und Anmeldungen für das Schuljahr 2013/2014 hinter uns. Auch die neue erste Klasse wird wieder 13 Schüler haben und für die bestehende Klasse sind Quereinsteiger gemeldet. Wir freuen uns über den Zuspruch. Die Eltern erkundigen sich nach Möglichkeiten der Weiterführung der Grundschule und sind erfreut von der konzeptionellen Arbeit an einer Gemeinschaftsschule zu hören.

Im kollegialen Miteinander zeigt sich deutlich eine Entspannung gegenüber der Grundschule, da sie sich gut an das allgemeine Leben der Förderschule angepasst hat, ohne ihren Auftrag zu vernachlässigen. Grundschule und Förderschule können sehr gut mit- und nebeneinander arbeiten. Austausch und Miteinander in der unterrichtlichen Arbeit haben ebenso ihren Anfang gefunden und sind ausbaufähig.

Die Grundschule hat ihren Platz gefunden und sich gut eingefügt in das allgemeine Bild der Schule. Sie wird langsam aber stetig wachsen und behutsam Berührungspunkte mit der Förderschule zum Anlass nehmen, sich weiter und intensiver mit der Förderschule zu vernetzen.

Welche Anregungen, Tipps, Hinweise können wir anderen geben?

1. Hilfreich und empfehlenswert war der gemeinsame Projektauftritt für die gesamte Schule. Die Projektidee mit den geplanten Veränderungszielen wurde in einer Veranstaltung vorgestellt und allen Kollegen transparent gemacht.
2. In einer kleinen Arbeitsgruppe, der so genannten Steuerungsgruppe, wurde dann effektiv, intensiv und mit genügend Zeit an der Umsetzung der Idee bzw. an der Neugestaltung gearbeitet.
3. Es hat sich als sinnvoll erwiesen, die Abstände zwischen den Treffen dieser Gruppe zeitlich nicht zu groß werden zu lassen.
4. Die Ergebnisse der Steuergruppensitzungen wurden allen Mitarbeitern der Schule regelmäßig mitgeteilt. Die Transparenz, die am Projektbeginn angekündigt worden war, konnte so während des gesamten Projektverlaufs erhalten bleiben.
5. Es ist wichtig, bei der Planung genau abzuwägen, welche Ideen, Maßnahmen und Ziele realisierbar sind.
6. Die Einbeziehung der Schüler ist aus unserer Sicht wichtig. Damit dies gelingt, muss man während der Treffen auf Verständlichkeit für die teilnehmenden Schüler achten und genügend Zeit einplanen.
7. Die Kosten für alles, was man plant, sollten bedacht werden.
8. Bei der Planung einer neuen Schule ist das Schulumfeld/Einzugsgebiet (Nachbarn) zu beachten. Auch hier empfehlen sich Transparenz und frühzeitige und regelmäßige Information.
9. Protokollführung, Kontrolle des Maßnahmenplan, der Aufgabenerledigung und Zeiteinhaltung haben sich bewährt.
10. Die externe Moderation der Sitzungen der Steuergruppe war hilfreich.
11. Im Anschluss an die Projektsitzungen sollte eine Gruppe der Mitarbeiter intensiv an der Weitergestaltung arbeiten.

Was hat das Projekt bewirkt?

Durch die regelmäßigen Zusammenkünfte von Kollegen aller Schulteile gelang es, über einen Zeitraum von zwei Jahren im regen Austausch miteinander zu stehen. Dabei standen neben aktuellen Themen vor allem das gemeinsame Planen von Weiterbildungen und schulinternen Aktionen unter anderem zum Thema Inklusion im Vordergrund. Während zu Beginn des Projektes die Hauptaufgabe darin bestand, Angst zu mindern, offene Fragen zu klären und Lust auf Neues zu machen, konnte im Verlauf der Blick auf den Soll- und Ist-Zustand der Schule unter Bezugnahme wissenschaftlicher Gesichtspunkte gerichtet werden. Dabei wurde Wert auf die Weiterentwicklung verschiedener Qualitätsstandards (Teamarbeit, Kommunikation...) gelegt. Zudem wurde versucht, alle Kollegen durch schulinterne Weiterbildungen und Aktionen zum ständigen Nachdenken über den eigenen Standpunkt zur eigenen Arbeit, zum Unterricht, zum Thüringer Bildungssystem sowie aktuelle Debatten über bildungspolitische Vorhaben anzuregen.

Wie wird die Nachhaltigkeit gesichert?

Die Gruppe wird sich nach Beendigung dieses Projektes weiterhin regelmäßig treffen, um am Maßnahmeplan zu arbeiten. Diese Treffen sollen genutzt werden, um aktuelle Fragen zu bearbeiten, Ideen zu entwickeln und Unsicherheiten abzubauen. Wichtig ist dabei, eine gute Vernetzung zwischen den Schulbereichen zu erhalten und zu pflegen, um gemeinsam die Entwicklung der Schule zu planen und zu begleiten. Die Förderschule als wichtiger Bestandteil unseres Angebots und die Grundschule auf ihrem Weg zur Gemeinschaftsschule werden dabei das Ziel „Eine Schule für alle“ weiter verfolgen. Das spiegelt sich in der Gründung und Arbeit unserer Grundschule wider und ist weiterführend in der Konzeption der Gemeinschaftsschule verankert.

Hendryk Kolodziej, Schulleiter



4.2 Luise-Scheppler-Schule

Luise-Scheppler-Schule

Staatlich anerkannte Förderschule in freier Trägerschaft

Schwerpunkt geistige Entwicklung

Diakonie Himmelsthür e.V.

Stadtweg 113

31139 Hildesheim



Die Luise-Scheppler-Schule ist eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in Trägerschaft der Diakonie Himmelsthür im Hildesheimer Ortsteil Sorsum. Die meisten Schülerinnen und Schüler der Schule wohnen in den verschiedenen Wohnbereichen des Heilpädagogischen Heimes. Die Luise-Scheppler-Schule kooperiert mit der staatlichen Grundschule Sorsum. Die Kooperation hat sich seit vielen Jahren über gemeinsame Feste, Besuche im Unterricht bis hin zu einer gemeinsamen Beschulung in den Räumen der Grundschule entwickelt. Gemeinsam haben beide Schulen an dem Projekt „Vielfalt-in-Bildung. Eine Schule für alle – jetzt!“ teilgenommen.

Was sollte erreicht werden?

Neben dem Wunsch nach einer wissenschaftlichen Begleitung war uns ein Erfahrungsaustausch mit anderen Schulen wichtig. Zu den Zielen gehörte die Entwicklung eines gemeinsamen Unterrichts, mehr didaktische und methodische Kompetenzen im Lernziel-differenten Unterrichten von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf. Für die schulinternen Teams standen als Ziele im Raum mehr Professionalität und mehr Kooperation.

Wie sind wir vorgegangen und was entwickelte sich positiv?

Nach einer gemeinsamen Eröffnungsveranstaltung des Projekts mit Mitarbeitenden, Elternvertretungen und Schülervvertretungen der Luise-Scheppler-Schule und der Grundschule Sorsum unter Begleitung des BeB wurde eine gemeinsame Steuergruppe gebildet, die das Projekt begleitet hat. In der Steuergruppe haben KollegInnen sowohl der Luise-Scheppler-Schule als auch der Grundschule Sorsum mitgearbeitet. Ebenso waren Elternvertreter beider Schulen dabei. Den ersten Schritt stellte eine Bestandsaufnahme dar, d. h. mit Hilfe des Index für Inklusion wurde eine Befragung in beiden Schulen unabhängig voneinander durchgeführt. An verschiedenen Fragestellungen, die sich aus der Index-Erhebung ergeben hatten,

wurde weitergearbeitet. In einer gemeinsam organisierten 8-schultägigen Projektwoche wurden alternative und offene Unterrichtsformen ausprobiert und in gemischten Gruppen gearbeitet. Die Erfahrungen sowohl auf Seiten der Schülerinnen und Schüler als auch auf Seiten der Mitarbeitenden waren durchweg positiv.

Im Rahmen eines Regionalworkshops, bei dem der Reformpädagoge Otto Herz einen Vortrag zum Thema „Lernen ist mehr als Unterricht“ gehalten hat, waren auch die Schulträger beider Schulen (Stadt Hildesheim und Diakonie Himmelsthür) eingeladen. Dem Ziel einer gemeinsamen Schule für den Grundschulbereich und den Förderschulbereich gegenüber zeigten sich beide nicht abgeneigt. Diese Stellungnahme für eine möglicherweise gemeinsame Schule überraschte uns sehr und macht uns Mut weiterzuarbeiten.

Welche Schwierigkeiten gibt es?

Die Zielfindung für das Projekt gestaltete sich schwierig, da zum einen in Niedersachsen das Schulgesetz neu verabschiedet wurde und es einen Regierungswechsel gab. Zum anderen steht eine Veränderung der räumlichen Situation der Förderschule an und dies ist im engen Zusammenhang mit der Entwicklung zur inklusiven Schule zu sehen.

Darüber hinaus ist die Situation durch die Vielzahl von Kindern und Jugendlichen in der Luise-Scheppler-Schule mit verschiedensten, auch sehr komplexen Behinderungen ungewöhnlich. Kein Modell einer anderen Schule – auch außerhalb des Projektes – war auf unsere Situation in Ansätzen zu übertragen.

Auf Seiten der Grundschule erschwerte eine hohe Personalfuktuation die Zusammenarbeit und die konkrete Umsetzung der Ziele.

Zum Beginn des Projektes fehlte uns die kontinuierliche Begleitung durch das Projektteam, was sich mit der personellen Umbesetzung geändert hat.

Welche Rückschlüsse gibt es?

Für die Organisationsentwicklung hin zu einer inklusiven / integrativen Schule ist es von großer Bedeutung, dass die Inklusion vom Schulträger gewollt und unterstützt wird. Inklusion zum Nulltarif gibt es nicht. Dies bezieht sich nicht nur auf die räumliche Situation, sondern auch auf das Personal. Bezogen auf einen gelingenden inklusiven / integrativen Unterricht bedeutet dies, dass Inklusion mehr ist als gemeinsamer Unterricht. Es geht auch um eine offene Unterrichtsgestaltung. Eine positive Grundhaltung dem gemeinsamen Unterricht gegenüber ist eine wichtige Voraussetzung. Die Lehrkräfte müssen es wollen, eine gute, vertrauensvolle Zusammenarbeit im Team ist hilfreich.

Welche Anregungen, Tipps, Hinweise können Sie an andere weitergeben?

Ein Tipp sind kollegiale Unterrichtshospitationen. Gemeinsamen Unterricht zu erleben, gemeinsames Lernen zu beobachten, kann sehr hilfreich sein. Es muss darum gehen, kreativ und flexibel die Möglichkeiten zu nutzen, die sich vor Ort und mit den Schülerinnen und Schülern aus einer Gruppe ergeben. Ein weiterer wichtiger Punkt ist für uns, Situationen zu schaffen, die für die Schülerinnen und Schüler Freude am Lernen bereiten. Dies hat Herr Herz in seinem Vortrag noch mal sehr eindrücklich herausgestellt.

Was hat das Projekt bewirkt?

Die Schulen sind sich näher gekommen. Wir haben uns in den Kollegien mehr mit unserer Position zum Thema Inklusion auseinandergesetzt. Die Schulträger sitzen an einem Tisch zusammen. Der gemeinsame Weg wird bereitet.

Wie wird die Nachhaltigkeit sichergestellt?

Wir arbeiten weiter an dem Ziel, verschiedenste Situationen für gemeinsames Lernen zu schaffen, den Schülerinnen und Schülern mit Behinderung möglichst viel Teilhabe zu ermöglichen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder und Jugendlichen im Dorf Sorsum zu schaffen.

Welches Fazit ziehen wir aus unserer Projektbeteiligung?

Wir haben den Prozess sehr positiv erlebt. Wir sind über den Projektzeitraum kontinuierlich am Thema geblieben, werden jetzt in einer Landessonderschule in Oberösterreich mit Grundschulklassen hospitieren und bleiben mit unseren Schulträgern im Gespräch. Die Projektlaufzeit geht zu Ende, aber unser Projekt wird fortgesetzt.

Hille Wittenberg, Schulleiterin

Einige Eindrücke aus der gemeinsamen Projektwoche:



Erster Tag der Projektwoche



Besprechung auf dem Waldsofa



Bei der Arbeit



Theateraufführung

4.3 Ev. Schulzentrum Martinschule

Evangelisches Schulzentrum Martinschule

Loissiner Wende 5, 17491 Greifswald, www.martinschule-greifswald.de



Das **Evangelische Schulzentrum Martinschule** besteht aus folgenden Schulteilen:

- Schule zur individuellen Lebensbewältigung (Förderschwerpunkt geistige Entwicklung)
- Grundschule
- Integrierte Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe
- Schulhort

Der Schulträger der Martinschule ist die Johanna-Odebrecht-Stiftung in Greifswald.

Die drei Schulgebäude der Martinschule befinden sich in enger räumlicher Nähe zueinander in einem Plattenbaugebiet in Greifswald-Schönwalde I:

- Gebäude I: Klassenstufen 1-4 / Schulhort
- Gebäude II: Klassenstufen 5-8
- Gebäude III: Klassenstufen 9-12

Im Schuljahr 2013/14 besuchen 474 Schüler/innen die Martinschule:

85 Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung

163 Grundschüler/innen

226 Gesamtschüler/innen

Bei etwa 25% der Grund- bzw. Gesamtschüler/innen sind Teilleistungsschwächen (Lese-Rechtschreib-Schwäche) bzw. sonderpädagogischer Förderbedarf (in den Bereichen: emotional soziale Entwicklung / Sehen / Hören / Lernen / körperlich-motorische Entwicklung / Sprache) diagnostiziert – sie lernen innerhalb ihrer Klasse inklusiv gemeinsam mit allen anderen Schüler/innen.

Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt *geistige Entwicklung* lernen ab dem 3. Schuljahr (noch) in einem ‚Patenschaftssystem, d. h. dass jede Klasse des Schulteils zur individuellen Lebensbewältigung eine Patenklasse im Grundschul- bzw. Gesamtschulbereich hat, mit der sie intensiv zusammenarbeitet. (Dieses mehr „kooperative“ System läuft 2021/22 aus.)

Seit dem Schuljahr 2011/12 lernen alle neu eingeschulten Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt *geistige Entwicklung* (unabhängig von der Schwere ihrer Behinderung) inklusiv in den Grundschulklassen. Dies wird sich dann nach und nach auch auf den Gesamtschulbereich ausdehnen.

Durch den noch nicht beendeten Schulaufbau der Martinschule (die Zweizügigkeit im IGS-Bereich erstreckt sich noch nicht auf die Jahrgangsstufen 8, 9 und 10) wächst die Schülerschaft jährlich weiter, bis es im Schuljahr 2016/17 etwa 580 Martinschüler/innen geben wird.

Was sollte erreicht werden?

Das Evangelische Schulzentrum Martinschule hat sich bereits vor mehr als zwei Jahrzehnten auf den Weg zu einer inklusiven Schule gemacht. Gerade in der Phase der neuen „Inklusionsklassen“ ab dem Schuljahr 2011/2012 haben wir uns eine intensive Begleitung erhofft und deshalb für die Projektteilnahme beworben. Anregung, Bestärkung und Kritik „von außen“ waren in dieser Phase sehr willkommen. Auch die Mitwirkung von Professor Hinz im Beirat machte das Projekt attraktiv. In der Öffentlichkeit zu zeigen, dass Inklusion gelingen kann und die Martinschule ein Ort ist, an dem erfolgreich an der Verwirklichung von Inklusion gearbeitet wird, war und ist uns ein wichtiges Anliegen.

Wie sind wir vorgegangen?

An der Auftaktveranstaltung September 2011 nahmen neben den beiden Mitarbeitenden des BeB, Herr Dr. Aselmeier und Frau Wetzels, Schülerinnen und Schüler der Klassen 5 bis 11, Lehrkräfte, Eltern, die Vorsteherin der Odebrecht-Stiftung und der Schulleiter teil.

Um Doppelarbeiten zu vermeiden wurde vereinbart, dass die noch zu gründende Arbeitsgruppe „Inklusion“, deren Aufgabe die Begleitung des im neuen Schuljahr startenden gemeinsamen Unterrichts von Schülern mit und ohne geistige Behinderung war, gleichzeitig als Projektsteuerungsgruppe fungieren sollte. Als Themen, die mit dem Projektteam bearbeitet werden sollten, wurden festgehalten:

- Austausch mit anderen Schulen über schulpraktische Fragen/Probleme/Lösungen
- Vertiefung des Erfahrungshorizonts durch wissenschaftliche Impulse
- Evaluation des eigenen Vorgehens von außen

Durch die Doppelfunktion der Steuergruppe stand die Begleitung des gemeinsamen Unterrichts während der Sitzungen im Vordergrund.

Was entwickelte sich positiv?

Als positiv und hilfreich wurde der Blick von außen auf den Schulalltag eingestuft. Durch den Besuch und die Hospitation des Projektbeirates in unserer Schule wurden Routinen hinterfragt und reflektiert sowie konstruktive Rückmeldungen zur Unterrichtsdidaktik und Arbeitsstruktur gegeben.

Welche Schwierigkeiten gibt es?

Dadurch, dass wir mit unserem Schulentwicklungsprozess bereits zu Beginn des Projektes weit fortgeschritten waren, hätten wir uns noch mehr externe Anregungen und Reflexionsmöglichkeiten von und mit einzelnen Projektbeiratsmitgliedern gewünscht. Dies war leider, bis auf einen einmaligen Besuch in unserer Schule durch wenige Beiratsmitglieder, nicht realisierbar.

Welche Anregungen, Tipps, Hinweise können Sie an andere weitergeben?

Unser Weg in Richtung inklusive Schule begann vor mehr als zwei Jahrzehnten. Innerhalb dieses langen Entwicklungsprozesses waren wir vielen inneren und äußeren Veränderungen unterworfen und haben uns bemüht, die Strukturen stetig an aktuelle Erfordernisse und sich wandelnde Bedürfnisse anzupassen. Unsere individuelle Schulentwicklung betreffend geben wir gern anderen die Gelegenheit, uns zu besuchen, um Anstöße zu geben, selbst einen „Umbau“ einer Schule für Geistigbehinderte in eine Schule für Alle zu wagen. Hier haben wir viele praktische Erfahrungen gesammelt, können Hinweise und konkrete Anregungen gut weitergeben.

Welches Fazit ziehen Sie aus Ihrer Projektbeteiligung?

In der Bewerbungsphase für die Projektteilnahme wäre eine gemeinsame kritische Überprüfung unserer Ziele und Erwartungen, der konkreten Bedingungen an der Martinschule und dessen, was im Rahmen des Projektes leistbar sein würde, sinnvoll gewesen.

Lehrkräfte, Eltern und Schüler gehen an der Martinschule – mit großer Unterstützung des Schulträgers – gemeinsam einen relativ neuen Weg, kommen oft zügig voran, beschreiten natürlich manchmal auch Irr- und Umwege, kommen inhaltlich etwas langsamer voran als strukturell. So lernen im kommenden Schuljahr 2013/14 in der Martinschule

- 7 Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung inklusiv in den 3. Klassen,
- 4 Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung inklusiv in den 2. Klassen,
- 8 Schüler/innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung inklusiv in den 1. Klassen.
- In den Klassenstufen 4 - 12 werden wir das „Patenklassensystem“ weiter ausbauen.

Diese Schulentwicklung haben wir in den vergangenen Jahren in vielen Kollegien, auf Fachtagungen und Kongressen, in unzähligen Unterrichtsbesuchen von Lehrkräften und Studierenden in der Martinschule vorgestellt. Da die Aus- und Weiterbildung für Lehrer hier immer noch in den Kinderschuhen steckt, ist es umso wichtiger, dass es zwischen den Lehrkräften der unterschiedlichen Schulen einen breiten Erfahrungsaustausch gibt. Hier sind wir auch weiterhin bereit, uns aktiv mit einzubringen. Nur wenn es gelingt, gute inklusive Kindertagesstätten und Schulen aufzubauen und zu unterstützen, sind die Probleme im Zusammenleben von Menschen mit und ohne (geistige) Behinderung im späteren Arbeitsleben und in der Wohnumgebung lösbar.

Benjamin Skladny, Schulleiter



Gottesdienst zu Beginn des Schuljahres 2013/14 im Dom St. Nikolai in Greifswald

4.4 Katharinenschule Schneidlingen

Klusstiftung Schneidlingen

Hospitalstraße 4, 39444 Hecklingen, www.klusstiftung.de



Der Bericht beschreibt eine von der Katharinenschule initiierte Zusammenarbeit mit dem Gymnasium Egelin mit dem Ziel, Schüler und Schülerinnen beider Schulen zusammenzubringen und Erfahrungen im gemeinsamen Unterricht zu machen.

Beteiligte

Die Katharinenschule Schneidlingen, in Trägerschaft der Klusstiftung Schneidlingen, ist eine staatliche anerkannte Förderschule für Kinder und Jugendliche mit geistiger Behinderung. Die 1995 erbaute Schule liegt am Ortsrand von Schneidlingen (Salzlandkreis, Sachsen-Anhalt). Die ländliche Prägung ermöglicht naturnahen Unterricht und tiergestützte Therapien (insbesondere eine eigene Reittherapie). Die kreative Gestaltung des Unterrichts mit vielfältigen Methoden, angepasst an die individuellen Bedürfnisse der 44 Schülerinnen und Schüler ist selbstverständlich.

Das Gymnasium Egelin besteht seit 1925 im 10 km von Schneidlingen entfernt gelegenen Egelin. Da die Schule aufgrund sinkender Schülerzahlen im Bestand bedroht ist, musste nach neuen Wegen gesucht werden. Anliegen des Vorstandes der Klusstiftung war es, das Gymnasium mit neuen Impulsen hinsichtlich inklusiven Unterrichts mit dem Ziel der „Entwicklung eines inklusiven Schulstandortes in der Egelner Mulde“ zu unterstützen.

Ziele

In der im Mai 2011 entwickelten Konzeption wurden verschiedene Ziele für das angestrebte Projekt formuliert:

1. Alle Schüler werden darin unterstützt, den für sie bestmöglichen Bildungsabschluss zu erreichen
2. Durch Kooperation aller Bildungsakteure in der strukturschwachen Region *Egelner Mulde* sollen neue, verlässliche und zukunftsweisende Bildungsstrukturen geschaffen werden.

Vorgehensweise

Insgesamt muss in der Rückschau auf das Projekt zugegeben werden, dass die Schwierigkeiten überwogen. Dies kann für andere Projekte zur Umsetzung inklusiver Bildung aber auch von Vorteil sein, denn es ist sinnvoll, zukünftig Stolpersteine schneller auszumachen und entsprechend anders zu agieren.

Seitens der Klusstiftung wurde immer wieder deutlich gemacht, mit den anderen Bildungsträgern offen und partnerschaftlich kooperieren zu wollen, so z. B. die Bereitschaft, sich an einer neuen Konzeption für das Gymnasium Egeln zu beteiligen. Dabei ging es auch um die Möglichkeit, inklusive Wohnmöglichkeiten für Schülerinnen und Schüler in Form eines Internates aufzubauen.

Insbesondere die sehr unklare Situation des Gymnasiums hinsichtlich der Entwicklung der Schülerzahlen überschattete das Projekt von Anfang an. Insofern stand hier auch seitens der Klusstiftung dieses Projekt als ein Zeichen der Solidarität mit dem Gymnasium, dessen Schließung ein herber Verlust für die Bildungs- und Kulturlandschaft der Egelner Mulde wäre. Von solcher existenzieller Gefahr bedroht, war für eine umfassende Verwirklichung und Verfolgung der in der Konzeption des Projektes abgebildeten Ziele keine Kapazität seitens des Gymnasiums frei. Der Gemeinsame Unterricht konzentrierte sich auf die beiden Fächer Sport und Ethik. Die Initiative ging überwiegend von der Katharinenschule aus. Leider ergaben sich auch nur wenige Begegnungen in den Räumen der Katharinenschule. Die Durchführung des Projektes fand auch wenig öffentliche Resonanz im Bereich des Gymnasiums.

Im Laufe der Projektjahre wurde deutlich, dass eine Fortführung des Gymnasiums bestenfalls Form der in Sachsen-Anhalt neu entstehenden ‚Gemeinschaftsschule‘ möglich sein würde. Auch in diese Diskussion hat sich die Klusstiftung eingebracht und mit ihrer Präsenz immer wieder die Entwicklung einer inklusiven Gemeinschaftsschule ins Gespräch gebracht. Inzwischen hat sich herausgestellt, dass es für das Egelner Gymnasium als selbstständige Bildungseinrichtung zukünftig keine Chance mehr gibt. Das Landesschulamt untersagte die Bildung einer fünften Klasse zum Schuljahr 2013/2014 aufgrund zu geringer Anmeldungen. Damit wurde uns die Grundlage für unser Projekt genommen.

Dennoch ist bei allen Bemühungen deutlich geworden, dass die Mitarbeit zwar gerne gesehen wurde, aber keine nachhaltigen Ergebnisse zu erzielen waren. Dies liegt sicherlich daran, dass seitens des Kultusministeriums und des Landesverwaltungsamtes sehr deutlich das Konkurrenzdenken gefördert wird. Im neuen Schulgesetz (die 20. Novellierung des Schulgesetzes in Sachsen-Anhalt seit der Wiedervereinigung, gültig seit Dezember 2012) sowie in der neuen Ersatzschulverordnung werden die Entwicklungsmöglichkeiten freier Schulen erschwert und mit zweierlei Maß gemessen. Der Landesverband Sachsen-Anhalt des Verbands Deutscher Privatschulen (VdP) macht regelmäßig auf diese Missstände aufmerksam.

Auch auf Seiten der Lehrer und Lehrerinnen des Gymnasiums ist eine große Verunsicherung zu spüren. Auch sie haben zum größten Teil die 20 Schulgesetznovellierungen zu spüren bekommen und bekommen das Gefühl vermittelt, dass sie immer noch nicht richtig arbeiten. Es machen sich Müdigkeit und Resignation breit, wenn es um neue Entwicklungen geht. Besonders die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems fordert aber massive Veränderungen in der Bildungslandschaft – auch inhaltlich. So ist m. E. vielen Lehrerinnen und Lehrern nicht wirklich klar, was inklusiver Unterricht eigentlich bedeutet. Es fehlt hier seitens des Landes nicht an Aufforderungen, es zu tun – wohl aber deutlich an der Unterstützung und Hilfe bei der Umsetzung. Denn mit zusätzlichen Sonderpädagogen im Unterricht ist das Schulsystem nicht inklusiv. Der gesamte Unterricht muss sich an den individuellen Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler orientieren. Das lässt sich aus verschiedenen Gründen nur schwer umsetzen: die Klassengröße einer Regelschule oder der immer noch durchgeführte Frontalunterricht sind nur zwei Hindernisse, für die Lösungen entwickelt werden müssen.

Aus dem Gymnasium Egelin wird nun eine Gemeinschaftsschule werden. Allerdings ist die Klusstiftung nun nicht mehr an der Entwicklung eines inklusiven Modells einer solchen Schulform beteiligt. Es steht zu befürchten, dass der Anspruch der UN-BRK in dieser neuen Schule nicht berücksichtigt werden wird.

Die äußerst schwierigen Rahmenbedingungen des Gymnasiums und die politische Haltung des Landes Sachsen-Anhalt haben sicherlich dazu geführt, dass die meisten der anvisierten Ziele in dem gemeinsamen Projekt nicht erreicht wurden. Dies ist vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung der Region und einer für die Schülerinnen und Schüler der Region wünschenswerten Vielfalt in der Bildungslandschaft sehr bedauerlich.

Rückschlüsse

Mitnichten soll nun aber der Eindruck erweckt werden, dass das Projekt ein Misserfolg gewesen sei. Für die Klusstiftung sind eine ganze Reihe Rückschlüsse aus der gewonnenen Erfahrung zu ziehen.

a) Für die Organisationsentwicklung zur inklusiven Schule

Für die Katharinenschule bedeutet das zurück liegende Projekt, dass die Schülerinnen und Schüler von inklusiven Bildungsangeboten sehr profitieren. Sie nehmen am Sozialraum Schule teil und es wird ihnen ermöglicht, nach ihren Gaben weiter gefördert zu werden. Insofern ist für die Katharinenschule aus den gemachten Erfahrungen deutlich geworden, an dem Ausbau inklusiver Bildungsangebote festzuhalten und sie ihren Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen.

Dabei muss aus den Erfahrungen mit Eltern und Betreuern aber auch immer die Freiwilligkeit der Öffnung in den Blick genommen werden. In Gesprächen mit Eltern sind die Reaktionen auf die Öffnung der Schule geteilt. Die Einen begrüßen sie und freuen sich, dass sich ihren Kindern eine neue Perspektive bietet. Die Anderen sehen die Öffnung kritisch, weil sie um den geschützten Raum fürchten, den die Schule ihren zumeist schwer und mehrfach behinderten Kindern bietet. Beiden Seiten muss bei zukünftigen Entwicklungen entsprochen werden.

Die restriktive Gesetzgebung für Schulen in freier Trägerschaft in Sachsen-Anhalt führt dazu, dass Schulentwicklungen gut geplant und durchdacht werden müssen. Zusätzlich zeigt die ablehnende Haltung des Kultusministeriums und des Landesverwaltungsamts, dass die nach Schulgesetz zwar gewollte Kooperation von staatlichen und freien Schulen nicht wirklich gefördert wird. In einer strukturschwachen Region, wie es der Salzlandkreis nun einmal ist, hat dies zur Folge, dass ein offener Umgang aller Bildungsträger miteinander nur schwer zu erreichen ist. Die Katharinenschule muss sich daher entweder um Partner aus dem freien Schulwesen bemühen oder ein eigenständiges Konzept zur inklusiven Bildung erstellen und umsetzen.

b) Für gelingenden inklusiven Unterricht

Zunächst ist deutlich, dass Lehrer und Eltern gut in diesen Prozess eingebunden werden müssen. Hier ist jedoch festzustellen, dass Lehrerinnen und Lehrer des Gymnasiums – sicherlich aufgrund der Gesamtsituation der Schule – sich nicht wirklich mit den Folgen eines inklusiven Unterrichts auseinandergesetzt haben. Dazu kommt, dass auch seitens des Landes ausreichende Weiterbildungen hierzu fehlen. Für die Regelschule bedeutet inklusive Bildung deutlich mehr Veränderung als für die Förderschule. Damit Inklusion gelingen kann, müssen sowohl Lehrkräfte miteinander in Teams arbeiten als auch Klassengrößen geschaffen werden, in denen zieldifferenten Unterricht möglich ist.

Der gemeinsame Unterricht während des Projektes hat in den Fächern Sport und Ethik stattgefunden. In einem weiteren Schritt wäre zu prüfen, wie sich der gemeinsame Unterricht in Mathematik, Deutsch usw. umsetzen ließe. Dass es geht, ist unbestritten.

Der Aufwand, hier das Lehrsystem methodisch und didaktisch umzubauen, ist jedoch enorm und setzt Konzentration und Bereitschaft auf allen Seiten voraus.

Damit Bedenken und Hoffnungen der Eltern hinsichtlich inklusiven Unterrichts positiv auf das Projekt einwirken können, müssen feste Strukturen geschaffen werden, in denen Gespräch und Mitdenken möglich sind.

Auswirkungen und Fazit

Das Projekt des gemeinsamen Unterrichts zwischen der Katharinenschule und dem Gymnasium Egelstorf ist im Mai beendet worden. Da sich das Gymnasium nun gemeinsam mit der Sekundarschule Egelstorf zu einer Gemeinschaftsschule umwandelt, wird hier sicherlich kein Ausbau des gemeinsamen Unterrichts stattfinden. Wohl aber hat das Projekt zu einer Annäherung, einem Kennenlernen und Wertschätzen der jeweiligen Schule geführt. So wurde bei der letzten Steuergruppensitzung vereinbart, dass auch in Zukunft auf Projektebene Kooperationen erfolgen sollen. Diese werden gemeinsam zwischen den Schulleitungen direkt abgestimmt.

Das Projekt hat einen Prozess des Umdenkens auf beiden Seiten initiiert. Nun werden beide beteiligten Schulen auf ihre Weise gefordert sein, die Forderungen der UN-BRK in ihrem Wirkungsfeld umzusetzen. Die Erfahrungen aus diesem Projekt haben dazu wichtige Erkenntnisse gebracht.

Holger Holtz, Geschäftsführer



Gemeinsamer Unterricht im Gymnasium Egelstorf

4.5 Grundschule Lichtenstern

Grundschule Lichtenstern

**Inklusiv geführte und gebundene Ganztagesgrundschule mit
musikalischem Schwerpunkt**

Dahenfelder Straße 28

74189 Weinsberg-Gellmersbach



Träger:

Evangelische Stiftung Lichtenstern

Im Klosterhof 10

74245 Löwenstein

Schulstandort:

Die Grundschule Lichtenstern befindet sich in einem Teilort der Gesamtgemeinde Stadt Weinsberg rund 20 Kilometer von Heilbronn entfernt. Insgesamt leben und arbeiten in Weinsberg etwa 11.650 Menschen. Neben der Kernstadt Weinsberg gehören zum Gemeindeverbund noch die Teilorte Grantschen, Wimmmental und Gellmersbach. Im Teilort Gellmersbach mit rund 950 Einwohnern liegt die Grundschule Lichtenstern. Der Betrieb der einzügigen sowie jahrgangsgemischten Grundschule läuft seit dem 13.09.2012. Im Teilort selbst herrscht eine gute örtliche Infrastruktur mit kleineren Läden, verschiedenen Vereinen (Sport, Gesang, Schützen, Traktoren, Landfrauen usw.) sowie der evangelischen Kirchengemeinde Leonhard mit 531 Gemeindemitgliedern.

Landschaftlich liegt das Schulgelände umrahmt von Wald und Weinbergen am Fuße des Wildenbergs. Schulortnah sind Erkundungen von Flora und Fauna in unmittelbarer Fußweite möglich. Leider ist die Schule mit öffentlichen Verkehrsmitteln nicht erreichbar, so dass alle Schülerinnen und Schüler durch die Eltern befördert werden müssen. Hinzu kommt die Schülerbeförderung durch den Landkreis bei den Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf.

Schülerschaft



Die Grundschule Lichtenstern hat ihren Betrieb zum September 2012 aufgenommen. Derzeit werden an der Schule in einer jahrgangsgemischten Klasse 1/2 15 Schülerinnen und Schüler beschult. Drei davon mit einem festgestellten sonderpädagogischen Unterstützungsbedarf im Sinne der Förderschule mit dem Schwerpunkt geistige Entwicklung, welche zieldifferent nach dem Bildungsplan für Geistigbehinderte in Baden-Württemberg unterrichtet werden.

Schwerpunktmäßig kommen die Schülerinnen und Schüler aus dem Schulort selbst sowie den umliegenden Gemeinden. Darüber hinaus besuchen unsere Schule auch Schülerinnen

und Schüler aus den Gemeinden Bad Friedrichshall (15 Km entfernt) sowie Öhringen (20 Km entfernt).

Die Lernausgangslagen der Grundschüler sind sehr heterogen. Neben dem sonderpädagogischen Förderbedarf bestehen vielfältige Förderbedarfe in den Bereichen LRS, Dyskalkulie sowie Emotionalität. Mit einem dauerhaften Zwei-Lehrer-Prinzip von Grundschullehrkraft und Sonderschullehrkraft sowie der Ergänzung durch eine Unterrichtsassistenz versuchen wir auf der Basis eines individuellen Lernens dieser Herausforderung gerecht zu werden.

Was sollte erreicht werden?

An dieser Stelle müssen zwei Bereiche der Zielsetzungen unterschieden werden:

1. Ziele des Projekts

- Gründung einer inklusiven Ganztagesgrundschule mit musikalischem Schwerpunkt
- Konzeptionelle und praktische Anbindung des schon existenten inklusiven Kindergartens der Evangelischen Stiftung Lichtenstern sowie der Stadt Weinsberg
- Überführung der konzeptionellen Ansätze in den praktischen Schulbetrieb
- Entstehung eines Bildungshauses von 2 bis 10 für ALLE

2. Ziele der Projektbegleitung

- Kreative, fachliche sowie praktische Begleitung des Gründungsprozesses
- Blick von „außen“ auf die Prozesse der Gründung sowie der Praxis
- Kritisch Reflexion der konzeptionellen Ansätze
- Erarbeitung von Gelingensfaktoren von gemeinsamem Unterricht
- Indeximpulsgebung
- Ansätze eines Unterstützungssystems für die praktisch Tätigen
- Erfahrungsaustausch auf den Ebenen Leitung, Kollegium und Eltern über die Ländergrenzen hinweg

Wie ist sind wir vorgegangen?

Zur Projektbegleitung waren uns zu Beginn Herr Dr. Aselmeier sowie Frau Wetzel zur Seite gestellt worden. In mehreren Projektsitzungen haben wir zunächst versucht die Ziele, die Stärken und Schwächen sowie die möglichen Unterstützungssysteme des Projekts inklusive Grundschule und Bildungshaus zu erörtern und zu dokumentieren. Um diesen Prozess möglichst vielfältig und kreativ zu gestalten, haben wir das Projektteam sehr breit angelegt (Frau Leiss, Vorstand Stiftung Lichtenstern, Karow-Schmid, Erzieherin Stadt Weinsberg, Schoch, Marisa, Leitung KiGa Lichtenstern, Demmer, Thorsten, Schulleiter, Lichtenstern, Hamberger, Wolfgang, Projektbeirat, Lang-Kemppel, Christa, stellv. Schulleiterin, Müller, Angelika, Elternbeiratsvorsitzende, Hofmann, Susanne, stellv. Elternbeiratsvorsitzende, Trübendörfer, Marcus, Schulleiter Musikschule, Funtastico, Wetzel, Anja, Projektteam, Aselmeier, Laurenz, Projektteam). In zusätzlichen weiteren kleineren und aufgabenspezifischen Arbeitsgruppen wurden im Rahmen der Schule praxisorientierte Themen besprochen, die wiederum in die Gesamtprojektgruppe als „Wo stehen wir-Input“ einfließen konnten.

Was entwickelte sich positiv?

Sehr positiv überraschte innerhalb der Projektarbeit die Vielfältigkeit der Diskussionen. Besonders wichtig war dies bei der konkreten Konzeptarbeit und der Ausgestaltung der Praxis.

Besonders vor Augen führen muss man sich, dass es die Grundschule während der hauptsächlichen Projektbegleitung nur auf dem „Papier“ gab.

An dieser Stelle besonders hervorheben möchte ich die hervorragend Projektarbeit von Frau Wetzel. Durch zahlreiche gute Impulse, durch passgenaue Arbeitsverfahren sowie durch ein vorbildliches persönliches Engagement, hat Frau Wetzel die Projektsitzungen immer gewinnbringend und kreativ gestaltet.

Welche Schwierigkeiten gab es?

Neben allen positiven Aspekten vor allem der Anfangsphase muss betont werden, dass die Konstanz in der Projektbegleitung nicht besonders gut war.

Als weiteren schwierigen Punkt möchte ich die Größe der Projektgruppe anführen. So gut eine Vielfalt im konkreten Tun ist, so schwierig gestaltete sich die Organisation der Projektsitzungen. So fielen diesem Aspekt eine Hospitation an einer inklusiven geführten Schule in Berlin, eine bessere Dokumentation sowie weitere Projektsitzungen in der bereits erwähnten schulischen Praxisphase zum Opfer.

Welche Rückschlüsse gibt es?

Für die Organisationsentwicklung zur inklusiven/integrativen Schule

- Stetige Klärung und Reflexion der „Haltungsfrage“ aller Beteiligten
- Schaffung von verlässlichen Rahmenbedingungen für Schüler/-innen und Eltern
- Netzwerkarbeit nötig
- Schaffung einer tragfähigen Schulkultur
- Begegnung auf Augenhöhe
- Wertschätzender und respektvoller Umgang
- Fortbildungskonzept unter Einbezug der Eltern

Für gelingenden inklusiven/integrativen Unterricht

- Zweilehrerprinzip
- Ganztagsbetrieb
- Individuelle Lernkonzepte
- Auf die Schüler angepasste Leistungsbewertung
- Verlässlich Ressourcen für alle am Prozess beteiligten Personen und Institutionen
- Vielfalt als Normalität leben

Welche Anregungen, Tipps, Hinweise können Sie an andere weitergeben?

Der Übertrag auf andere Projekte kann aus unserer Sicht und auf dem Hintergrund unserer Erfahrungen nur sehr schwer gelingen. Zu individuell sind die Herausforderungen die unser Projekt an die Projektgruppe gestellt hat. Dennoch hier der Versuch einige allgemeingültigen Hinweise zu geben:

- Bildung eines Projektbeirats mit Mitgliedern aus allen Ebenen mit maximal 10 Personen
- Entwicklung eines klaren Projektziels
- Projektbegleitung durch Moderator von außen
- Schwerpunkt der Projektarbeit sollte auf dem Thema „Haltung der am Projekt Beteiligten“ liegen
- Klarstellung von Erwartungen, Chancen und Grenzen an/von inklusivem Unterricht
- Wahrung von Kontinuität im Projektprozess
- Dokumentation
- Netzwerkarbeit von Beginn an
- Planung von Fortbildungsveranstaltungen und Hospitationen bereits im Vorfeld

Was hat das Projekt bewirkt?

Das Projekt hat uns bei der Gestaltung einer „Schule für ALLE“ sehr unterstützt. Die wertvolle Sicht von außen sowie die vielfältigen Impulse der am Projekt beteiligten Personen sowie Institutionen haben den Blick auf das Wesentliche geschärft. Zudem wurde ein Prozess des „Gemeinsamen Hinsehens und Hinhörens“ in Gang gebracht. Dadurch wurde ein wertschätzender Umgang miteinander initiiert. Die methodischen Hilfestellungen zur Reflexion des Prozesses waren hilfreich.

Wie wird die Nachhaltigkeit sichergestellt?

Da das Konzept einer inklusiv geführten Ganztagsgrundschule mit angeschlossenem Bildungshaus erfolgreich gestartet ist, stellt das Bildungsprojekt an sich die Nachhaltigkeit dar. Es wird die Aufgabe der Leitung sein, den gemeinsamen Prozess des Blicks von außen mit den bisherigen Projektpartnern auch zukünftig am Laufen zu halten. Dazu sind weitere Treffen der Projektgruppe geplant.

Welches Fazit ziehen Sie aus Ihrer Projektbeteiligung?

Das Fazit der Projektbeteiligung stellt sich aus heutiger Sicht als eher positiv dar. Die bereits erwähnte Vielfältigkeit der Prozessbegleiter und die damit verbundenen konzeptionellen Impulse waren für die Umsetzung unseres Projekts sehr hilfreich. Schade ist, dass die perso-

nelle Situation von Seiten der Projektbegleitung (BeB) nicht besonders konstant war. Unbestritten war die personelle Kompetenz von Seiten der Projektleitung. Diese hatte wesentlichen Anteil am positiven Ergebnis. Inhaltlich hatten wir die Möglichkeit während der Projektbegleitung unsere konzeptionellen Ansätze kritisch zu hinterfragen und auch in manchen Teilen zu korrigieren.

Dem Projektansatz ein Handlungsprogramm für die Entwicklung eines gemeinsamen Unterrichts zu entwickeln, konnte nur in Teilen nachgekommen werden. Dazu waren die teilnehmenden Projekte zu unterschiedlich. Wir würden es begrüßen, wenn über das Projekt hinaus weiterhin ein Austausch der beteiligten Projektpartner und deren Kollegien stattfände. Vielleicht kann dies durch den Verband unterstützt werden. Gerne sind wir bereit unsere Erfahrungen an andere Institutionen weiterzugeben, die sich mit dem Thema Inklusion in der schulischen und vorschulischen Bildung beschäftigen. Dazu bräuchte es jedoch eine stetige und verlässliche Plattform des Austausches. Nur so kann ein Handlungsprogramm, im Sinne eines Leitfadens oder im Sinne von Gelingensfaktoren für inklusiven Unterricht, entstehen.

Thorsten Demmer, Geschäftsführender Schulleiter
Evangelische Stiftung Lichtenstern

5 Projektergebnisse

Während der Auftaktveranstaltung wurde die Frage gestellt, ob fünf Projektschulen ausreichen, um hemmende und fördernde Faktoren auf dem oder für den Weg zu *einer Schule für alle* zu identifizieren. Was ganz sicher möglich ist, ist die Beschreibung der fördernden und hemmenden Faktoren, die in den beteiligten Schulen zu beobachten waren und die den voranstehenden Berichten zu entnehmen sind. Einige dieser Beobachtungen haben über den Kreis dieser fünf Schulen hinaus Gültigkeit, andere sind der jeweils besonderen Lage geschuldet. Als Ergebnis des Projekts ist kein Rezeptbuch entstanden, in dem allgemeingültig beschrieben wird, wie die Entwicklung zur inklusiven Schule abläuft und welche Rahmenbedingungen erfüllt sein müssen, um erfolgreich zu arbeiten. Auch eine größere Anzahl Projektschulen hätte nicht zu einem Rezeptbuch geführt, denn unterschiedliche Wege führen zur schulischen Inklusion. Über alle Besonderheiten und Unterschiede hinweg ist allen fünf Förderschulen gemeinsam, dass sie sich auf den Weg gemacht haben, ohne abzuwarten, bis alle eigentlich notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen worden waren. Aus der Beobachtung dieses Weges ergibt sich die nachstehende Liste der hilfreichen Elemente für diesen Prozess.

Was unterstützt den Entwicklungsprozess zu einer Schule für alle?

Zuerst ist hier die gemeinsam erarbeitete und in weiten Teilen der Schulgemeinschaft diskutierte **Vision** zu nennen, die das Ziel beschreibt, das mit dem Schulentwicklungsprozess erreicht werden soll. Diese Zielformulierung bestärkt auch bei Rückschlägen.

Zu Beginn der Veränderungsprozesse schien der Berg der zu lösenden Probleme und der Bedenken, die immer wieder auftauchten, schier unüberwindlich. Eine Haltung, die sich nicht von dem einschüchtern lässt, was – vielleicht nur vermeintlich oder zum aktuellen Zeitpunkt – nicht geht, sondern sich auf die **Suche nach Möglichkeiten** konzentriert, war erfolgreicher als das Verharren bei der Forderung nach der Bereitstellung bestimmter Rahmenbedingungen. Der **Rückhalt durch den Schulträger und die Schulleitung** war dabei von großer Bedeutung. Dieser Rückhalt musste sich in den Auseinandersetzungen mit Ministerien und Schulbehörden genauso zeigen wie bezogen auf (Personal-) Ausstattungsfragen und war deshalb nicht nur von den fünf am Projekt beteiligten Förderschulen verlangt, sondern auch von ihren Partnerschulen. Ohne diese Unterstützung wäre bzw. ist die Umsetzung nicht gelungen.

Als unterstützend wurde die **gemeinsame Auftaktveranstaltung** in den Schulen bewertet, an der Schüler, Schulleitung, Lehrer und Eltern und weitere Gäste teilgenommen haben. Die Veranstaltung markierte einen eindeutigen Beginn des Prozesses und sie brachte erste

Themen und Verabredungen hervor, die dann in der Steuerungsgruppe bearbeitet und an die Schulgemeinde zurückgekoppelt wurden.

Hilfreich war auch eine **grundsätzlich positive, zumindest aber neugierige Haltung im Kollegium**. Für diejenigen Lehrkräfte, die direkt in den gemeinsamen Unterricht eingebunden sind, d.h. nicht mehr alleine unterrichten, sondern in multiprofessionellen Teams, ist **eine vertrauensvolle, von gegenseitiger Offenheit geprägte Zusammenarbeit** unabdingbar.

Damit bei einem solchen Schulentwicklungsprojekt die Schule nicht in zwei Teile zerfällt – die, die an der Umsetzung des Neuen und diejenigen, die in der traditionellen Weise weiter arbeiten –, ist das Stichwort **Transparenz** von großer Bedeutung. Alle Mitglieder der Schulgemeinde zeitnah in den verschiedenen Teams zu informieren, aufkommende Bedenken im Kollegium und bei Eltern zur Kenntnis zu nehmen und zu bearbeiten, Gerüchten entgegenzutreten und immer wieder zu Gesprächen bereit zu sein und für das Anliegen zu werben, waren wichtige Aufgaben der Steuerungsgruppenmitglieder.

Für die Zusammenarbeit in den Steuerungsgruppen erwies sich die **Beteiligung von Schülerinnen und Schülern** als große Bereicherung. Dies gilt ebenso für die Mitarbeit von sogenannten **kritischen Freunden**, die sich der Schule zwar positiv verbunden fühlen, aber die Schulentwicklung sozusagen mit einem Außenblick aktiv unterstützten. Die Sitzungen der Steuerungsgruppe boten eine der nicht sehr zahlreichen Gelegenheiten für Kollegen, die an unterschiedlichen Standorten unterrichten, sich zu treffen und auszutauschen. Um diesen Gesprächen neben der eigentlichen Tagesordnung Raum geben zu können, waren eine **gute Zeitplanung** und die **externe Moderation** der Steuerungsgruppen hilfreich. Seitens der Mitglieder der Steuergruppe war die Bereitschaft gefragt, nach Unterrichtsende in regelmäßigen Abständen für zwei bis drei Stunden an einer Sitzung der Gruppe teilzunehmen, bei besonderen Themen und Anlässen musste auch mit einer längeren Sitzungsdauer gerechnet werden.

Die regelmäßige Teilnahme der Projektreferentin an den Sitzungen der Steuerungsgruppe, ergänzt durch Hospitationen und weitere Besuche an der Schule, waren eine wichtige Bedingung für gute Zusammenarbeit. Dazu gehörte ebenso der regelmäßige **Informationsaustausch** auch zwischen den einzelnen Sitzungsterminen. Diesen Austausch sicherzustellen war nicht einfach. Grund dafür mögen die weiten Entfernungen zu den Schulstandorten sein – genauso wie die Komplexität des Schulalltags, die es nicht leicht macht, Zeit zu finden für „zusätzliche“ Telefongespräche oder Mails.

Eine Förderschule, die sich öffnet für Schüler ohne Behinderung, gerät in Konkurrenz zu anderen Schulen am Ort. **Gute Kontakte** zu diesen Schulen, zu Kindertagesstätten, zur Poli-

tik konnten genutzt werden, um über die Entwicklung des Projekts zu berichten und Fragen zu beantworten. Diese Kontakte boten eine Möglichkeit, dem Misstrauen der anderen Akteure zu begegnen, sich den Befürchtungen zu stellen und falsche Informationen richtig zu stellen. Die Einladungen zu den Regionaltagungen waren ein Anlass für Externe, „aus erster Hand“ mehr über das Projekt zu erfahren. Gute Kontakte zu politischen Entscheidungsträgern waren insbesondere im Fall der Finneckschule Maria Martha in Thüringen hilfreich, wo die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Schulen und der Schule in freier Trägerschaft im Projekt „Lernen unter einem Dach“ nicht gewünscht ist und kurzfristig beendet werden sollte. Es ist als Erfolg zu werten, dass die Kooperation immerhin bis zum Ende der Schulzeit der jetzt davon profitierenden Kinder weitergeführt werden darf und nicht, wie ursprünglich vom Kultusministerium in Thüringen gefordert, zum Ende des ersten Halbjahres 2012/2013 eingestellt werden musste.

Zu Beginn des Projektes waren die Vorstellungen der meisten Beteiligten über inklusiven Unterricht von theoretischen Überlegungen geprägt. Eine Möglichkeit, inklusive Unterrichtspraxis bei einer **Hospitation** zu erleben und mindestens im Film zu sehen, half, die Motivation aufrechtzuerhalten und das gemeinsame Ziel vorstellbar zu machen. Wünschenswert ist auch der **Erfahrungsaustausch** mit anderen Schulen. Beides ist abhängig vom Vorhandensein ausreichender finanzieller und zeitlicher Kapazitäten. Auch hier war die Unterstützung der Schulträger und der Schulleitungen gefragt. Der Austausch zwischen den Projektschulen ist im Laufe der Projektzeit leider zu kurz gekommen.

Eine weitere wichtige Gelegenheit für Austausch und Gespräche boten **Fortbildungsveranstaltungen** zu Themen im Zusammenhang von inklusiver Bildung und Unterrichtspraxis. Die Bereitschaft, Fortbildungen zu organisieren bzw. die Teilnahme daran zu ermöglichen war eine Voraussetzung für die Bewerbung um die Projektteilnahme.

Ein wichtiger Bestandteil der Projektorganisation war der **Beirat** mit seinen kompetenten und erfahrenen Mitgliedern. Leider ist es nicht gelungen, dass alle Schulen von der in diesem Gremium vorhandenen Kompetenz und Erfahrung direkt profitieren konnten. Die wenigsten Mitglieder des Beirats konnten einen Besuch in den Projektschulen einrichten, um die Steuerungsgruppen vor Ort zu unterstützen. In den Fällen, in denen ein solcher Besuch stattfand, waren die Rückmeldungen und Empfehlungen ein Gewinn für die weitere Arbeit.

Die Beobachtungen während des Projektzeitraums bestätigen die bereits 2008 und ausführlicher im Jahr 2010 in den Papieren des BeB⁴ beschriebenen Bedingungen für Inklusion in Bildungseinrichtungen:

1. Fachwissen
 - pädagogische Handlungs- und Förderansätze
 - pflegerisch-therapeutisches Wissen
2. Konzeptentwicklung
3. örtliche und bauliche Voraussetzungen
 - barrierefreie Zugänglichkeit für alle Räume
 - ausreichend große Klassen-, Gruppen-, Ruhe- und Rückzugsräume mit entsprechenden Lagerungsmöglichkeiten für Pflege- und Fördermaterialien etc.
 - Pflegefunktionsräume
 - Spiel- und Ruheflächen im Freien
4. Gruppen-/Klassengröße und Personalausstattung
5. sächliche Rahmenbedingungen
6. Didaktische-methodische Rahmenbedingungen

Es liegt auf der Hand, dass bei den am Projekt beteiligten Förderschulen die meisten dieser Bedingungen erfüllt waren. Dies ist bei einer Regelschule, die zu einer Schule für alle werden will, eher selten der Fall.

⁴ BeB: [Von der Integration zu Bildungseinrichtungen, für die Inklusion selbstverständlich ist](#). Berlin 2008
BeB: [Inklusion in Bildungseinrichtungen](#) – gleiche Chancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit hohem Unterstützungsbedarf. Berlin 2010

6 Bildungspolitische Beobachtungen

Deutschland steht derzeit vor der Anforderung, einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel im Verständnis von und im Umgang mit Menschen mit Behinderung zu vollziehen. Mit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hat die Bundesregierung anerkannt, dass die Frage der Teilhabe behinderter Menschen kein soziales Problem, sondern eine Frage der Menschenrechte ist. Sie hat sich verpflichtet, Teilhabe behindernde gesellschaftliche Strukturen abzubauen.

Gemäß Artikel 24 der UN-BRK muss in diesem Zusammenhang ein inklusives Bildungssystem geschaffen werden, bei dem das gemeinsame Lernen behinderter und nichtbehinderter Kinder der Regelfall wird. Ob der 2011 vom Bundeskabinett verabschiedete „Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ (NAP) in diesem Bereich seinem Anspruch, bestehende Lücken zwischen Gesetz und praktischer Umsetzung auf Länderebene in Deutschland zu schließen, gerecht werden kann, wird derzeit kontrovers diskutiert. Im NAP trifft die Bundesregierung die Aussage, dass „alle Länder [...] in ihren Schulgesetzen den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülerinnen und Schülern als eine, *häufig präferierte* Möglichkeit der Beschulung“ vorsehen (ebd. S. 45). Im ersten Bericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, an dessen Erstellung auch der BeB beteiligt war, wird deutlich, dass das deutsche Bildungssystem den in Art. 24 BRK beschriebenen Anforderungen bei weitem noch nicht entspricht (vgl. BRK-Allianz, S. 44 – 50). Die dort zitierte von Klaus Klemm im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellte Studie zum Status Quo inklusiver Bildung in Deutschland zeigt eine Inklusionsquote⁵ von 61,5 % im Elementarbereich, 33,6% in deutschen Grundschulen und 14,9 % in Schulen der Sekundarstufe I.

Die Förderquoten in den Bundesländern sind sehr unterschiedlich und reichen z. B. im Schuljahr 2010/2011 von 4,7% in Rheinland-Pfalz bis zu 10,9% in Mecklenburg-Vorpommern (vgl. Teilhabebericht der Bundesregierung 2013, S. 93). Ob diese Unterschiede dem unterschiedlichen Förderbedarf in den Bundesländern zu verdanken sind oder die Methoden der Bedarfsermittlung und der Einstufung eine Rolle spielen, darüber gibt die KMK-Statistik⁶, auf deren Grundlage die abgebildeten Grafiken aus dem Bundesteilhabebericht entstanden, keine Auskunft.

⁵ „Inklusionsquoten geben den Anteil der Schüler mit Förderbedarf, die inklusiv in allgemeinen Schulen unterrichtet werden, an allen Schulen an.“ (Klemm 2010)

⁶ Aufgrund der Länderhoheit im Bereich Bildung ist die Datenlage der KMK-Schulstatistik, die aus Daten, die die Bundesländer liefern, erstellt wird, sehr heterogen. (vgl. Malecki 2013)

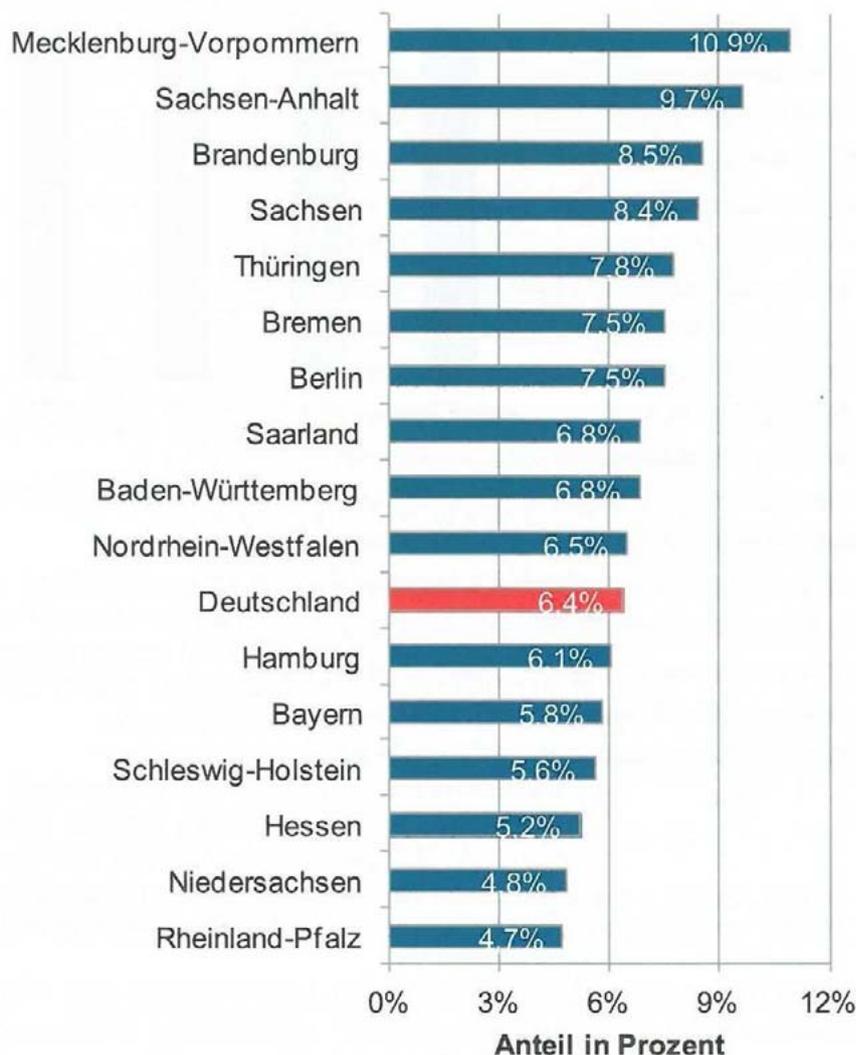


Abb. 1: Anteil der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischer Förderung an allen Schülerinnen und Schülern im Alter der Vollzeitschulpflicht, nach Bundesländern, Schuljahr 2010/2011

Ob Schülerinnen mit Förderbedarf in einer allgemeinen oder einer Förderschule unterrichtet werden, hängt vom Förderbedarf und dem Bundesland ab, in dem sie wohnen. Laut Teilhabebericht der Bundesregierung werden 41% der Schüler mit einem sonderpädagogischen Förderbedarf im Bereich der emotionalen oder sozialen Entwicklung an allgemeinen Schulen unterrichtet. Liegt der Förderbedarf im Bereich Hören, Sehen oder Sprache, ist es ca. ein Drittel. Von den Schülerinnen mit Lernschwierigkeiten oder Beeinträchtigungen in der körperlichen oder motorischen Entwicklung besucht knapp ein Viertel eine allgemeine Schule. „Im Förderschwerpunkt geistige Entwicklung oder bei Krankheit wird der Unterricht an einer allgemeinen Schule zur Ausnahme“ (Teilhabebericht 2013, S. 95). Im Schuljahr 2011/2012 wurden laut Statistischem Bundesamt 76,3% der Schüler mit Förderbedarf in einer Förderschule unterrichtet (vgl. Malecki 2013, S. 361). Im Schuljahr 2010/11 gingen in Niedersach-

sen 91% dieser Schüler zu einer Förderschule, in Schleswig-Holstein nur 50% (Teilhabebericht 2013, S. 95).

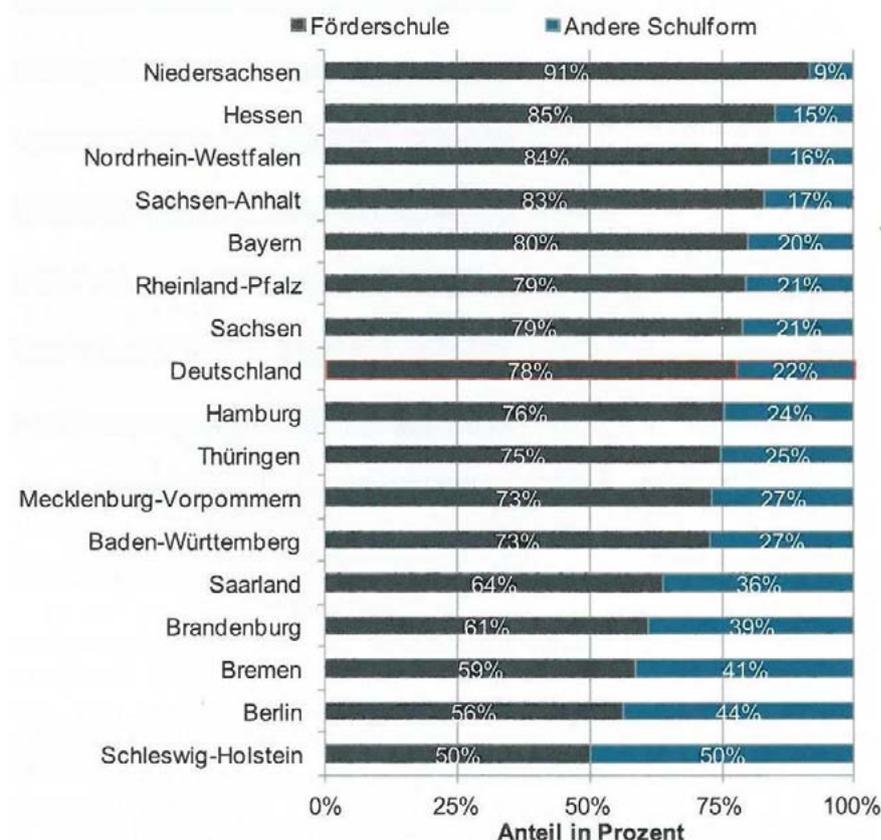


Abb. 2: Anteil der Schülerinnen und Schüler, die in Förderschulen oder anderen Schulformen unterrichtet werden, an allen Schülerinnen und Schülern mit sonderpädagogischer Förderung, nach Bundesländern, Schuljahr 2010/2011

Unabhängig von den Ursachen für diese beachtlichen Verteilungsunterschiede stellt sich generell die Frage, wie Rahmenbedingungen gestaltet sein müssen, damit auf den verschiedenen Ebenen von Bund, Ländern und Kommunen und einzelnen Schulen Inklusion und Teilhabe aller umgesetzt und strukturell verankert werden können. Im Zuge der fachpolitischen Diskussion steht die Frage nach den verfügbaren Ressourcen einer Schule für alle ebenso im Fokus, wie die Erfordernisse individualisierter systemisch-pädagogischer Konzepte.



Abb. 3: Inklusion geht alle an. Pressemitteilung des Bundesbeauftragten für die Belange behinderter Menschen vom 31.07.2013

87% aller Kinder mit Beeinträchtigungen besuchen einen allgemeinen Kindergarten, aber nur 22% aller Schulkinder mit sonderpädagogischer Förderung besuchen eine allgemeine Schule. Im Schuljahr 2011 war bundesweit der Anteil der Kinder, die in Förderschulen eingeschult wurden, mit 3,4% aller neu eingeschulten Schüler höher als im Jahr 2002. In diesem Jahr begannen 3,1% der neuen Schüler ihre Schullaufbahn in einer Förderschule. (vgl. Malecki 2013, S. 359). Noch 2002 betrug der Anteil der Förderschulen an allen Schulen in Deutschland 8,6%, im Schuljahr 2011/2012 war dieser Anteil auf 9,5% gestiegen. Allerdings verringerte sich die durchschnittliche Schülerzahl pro Förderschule von 123 Schülern im Jahr 2002 auf 111 im Schuljahr 2012. In den einzelnen Bundesländern variiert diese Zahl von durchschnittlich 53 Schülern je Förderschule in Schleswig-Holstein bis zu 157 Schülerinnen in Bayern. (vgl. Malecki, S. 360).

Genau diese Diskrepanz zwischen Anspruch und praktischer Umsetzung – den länderspezifischen Regelungen entsprechend – spiegelte sich auch in unserem Projekt wieder. Das Vorgehen des Projekts erfolgte vor Ort sehr individuell und die Schulentwicklung stand in Abhängigkeit regionaler schulischer Bedingungen sowie politischer Entscheidungen. Die Schulen stehen vor den Herausforderungen des demografischen Wandels. Handlungsbemühungen um Kooperationsverträge vollziehen sich genauso zäh und schleppend wie Ver-

handlungen mit Ministerien und anderen politischen Entscheidungsträgern. Diese Stolpersteine beeinflussten und hemmten geplante schulische Aktionen erheblich.

6.1 Politische Fragen für die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems

Aus den Beobachtungen während des Projektzeitraums ergeben sich nun vielseitige Forderungen und Empfehlungen für die Bildungspolitik, damit die Schulen in ihrem inklusiven Entwicklungsprozess unterstützt und gefördert werden.

Aus den Gesprächen mit den Schulleitern und, mit den Pädagogen, den Schülern und Eltern sowie externen Partnern der Schulen kamen an verschiedenen Stellen und in verschiedenen Situationen Fragen auf, die auf das Engagement der Politik abzielen. Folgend einige grundlegende Auszüge:

- Kann inklusive Bildung auf das gegliederte Schulsystem in Deutschland einfach „aufgesattelt“ werden oder bedarf es grundlegender Änderungen im Schulsystem?
- Kann tatsächlich jede Schule in die Lage versetzt werden, jedes Kind mit diagnostizierter Behinderung aufzunehmen? Wenn ja, unter welchen Bedingungen? Wenn nein, wie muss dann eine Bildungslandschaft aussehen, damit niemand vom Zugang zu inklusiven Bildungsangeboten ausgeschlossen wird?
- Wie kann der Umgang mit Leistungsbewertungen im gemeinsamen Unterricht erfolgen, ohne die Schüler/-innen in ihrer Unterschiedlichkeit zu diskriminieren und zu stigmatisieren?
- Was bedeutet Inklusion vor dem Hintergrund des Leistungsgedankens im gegliederten Schulsystem, wenn z. B. Eltern nicht-behinderter Kinder keine Gymnasialempfehlung erhalten, Eltern von Kindern mit Behinderung das Gymnasium aber frei wählen können? Widerspricht dies nicht der Idee der Gleichberechtigung?
- Welche Rahmenbedingungen müssen in bildungspolitischen Programmen bzw. Aktionsplänen beschrieben werden hinsichtlich der Personalausstattung, des Raumangebots und der Raumgestaltung sowie der materiellen Ausstattung?
- Welche Bedingungen sind an die Aus-, Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften zu stellen? Wie kann sichergestellt werden, dass sonderpädagogische Aspekte nicht zu kurz kommen?
- Wie teuer wird die Entwicklung einer inklusiven Schulbildungslandschaft werden?

6.2 Politische Empfehlungen für die Umsetzung eines inklusiven Bildungssystems

Die folgenden Ausführungen und Schlussfolgerungen stellen nur einen Ausschnitt dar, denn sie resultieren aus Beobachtungen und Analysen innerhalb eines begrenzten Zeitraums. Ein Anspruch auf Vollständigkeit wird nicht erhoben.

Wir schließen uns der Forderung an, dass sich das deutsche Schulsystem in seinen Grundzügen verändern muss, damit den Ansprüchen der inklusiven Beschulung nachgekommen werden kann. Das erfordert das Zusammenführen und Implementieren sonderpädagogischer Bildungs-, Beratungs- und Unterstützungssysteme auf der strukturellen Ebene und deren Ausrichtung an den Bedürfnissen der Individuen. Nicht der Mensch muss sich an das (Schul-) System anpassen, sondern das System an den Menschen, so dass Vielfalt zur Normalität wird (vgl. Ferdigg 2010, S. 77; Alicke 2012, S. 42 f.). Durch die Kooperation zwischen den verschiedenen Instanzen entsteht die Möglichkeit eines zunehmend allgemeinen Verständnisses einer Didaktik, die sich am subjektorientierten und interessengeleiteten Lernen orientiert. In der pädagogischen Zusammenarbeit wird überwiegend auf den Stärken aufgebaut und gefördert und weniger auf die individuellen Schwächen fokussiert. Für diese grundlegenden Änderungen brauchen die Schulen Unterstützung, Begleitung und Bestärkung, damit sie mit ihren eigenen Kapazitäten und Grenzen offen und positiv umgehen.

Ziel der UN-BRK ist der Abbau von Barrieren jeder Art für Menschen mit Behinderung und ihre umfängliche Teilhabe am Leben der Gesellschaft. Dazu gehört auch ein veränderter Behinderungsbegriff, der sich entfernt von einer rein medizinischen Beschreibung von Defiziten. In Art. 1 Abs. 2 der UN-BRK heißt es: „Zu den Menschen mit Behinderungen zählen Menschen, die langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen haben, welche sie in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.“

Dieser veränderte Behinderungsbegriff sollte sich auch in der diagnostischen Vorgehensweise in den Schulen widerspiegeln. Wir empfehlen deshalb, mehr von Lernstandserhebungen mit dynamischem Charakter auszugehen. Die Schulen sind dann in der Lage, Kinder mit unterschiedlichen Bedürfnissen aufzunehmen, wenn sie in ihrer Personalstruktur die Möglichkeit bekommen, in multiprofessionellen Teams zu arbeiten und durchgehend im Zwei-Pädagogen-System, sofern feste Klassenverbände bestehen bleiben. Die Öffnung des Unterrichts hin zu Lernbüros, Lernwerkstätten und echter Projektarbeit ist sehr zu empfehlen. Mit dem Handlungsprogramm unterstützt der BeB, dass sich Förderschulen zu (sonder-) pädagogischen Kompetenzzentren entwickeln und sich darüber auch als Beratungsinstanz

für Allgemeine Schulen etablieren, denen jedoch nicht die Verantwortung für die Umsetzung inklusiver Ansprüche abgenommen wird.

Um der Marginalisierung entgegenzutreten, die in Schulen insbesondere durch Vergleichsarbeiten und Zeugnisse in Form von Ziffernnoten gefördert wird, empfehlen wir einen Verzicht auf Ziffernbenotung während der gesamten Schulzeit. Das verlangt von allen Beteiligten einen veränderten Umgang mit standardisierten Leistungsvergleichen. Es besteht die Forderung nach Transparenz und einer Leistungsaussage, die dem Individuum persönlich Rechnung trägt. Es gibt bereits positive Erfahrungen im Umgang mit Logbüchern, die es den Pädagogen ermöglichen, eine differenzierte Einschätzung von Schülerleistungen zu erhalten und individuelle Bildungs- und Entwicklungsziele festzulegen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention kann nur umgesetzt werden, wenn alle das Recht auf freien Zugang zu (inklusive) Bildung erhalten und das selektive Schulsystem abgeschafft wird. Dafür müssen die notwendigen Rahmenbedingungen sichergestellt werden.

Zu den baulichen und sächlichen Voraussetzungen für inklusiven Unterricht zählen neben Barrierefreiheit: Differenzierungsflächen, Lehrerarbeitsplätze, Räume für nicht lehrendes Personal, spezifische Sanitärräume, Therapieräume, Schallreduzierung, optische Orientierungshilfen (vgl. Seydel 2012 und BeB 2010). Schulen müssen in die Lage versetzt werden, auf neue Schüler und ihre spezifischen Bedürfnisse flexibel zu reagieren. Dazu gehören auch eine Anpassung der Pädagogenstellen und die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren (z.B. Jugendsozialarbeit). Die Entwicklung eines inklusiven Schulsystems wird nicht kostenneutral stattfinden können. Laut der von Klaus Klemm 2012 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung vorgelegten Studie liegen die zusätzlichen Personalausgaben bei steigendem Inklusionsanteil bei 660 Million Euro, die in voller Höhe ab dem Schuljahr 2020/21 anfallen, also etwa 2% der heutigen Gesamtkosten von Schule. (vgl. Pressemeldung der Bertelsmann Stiftung vom 23.03.2012)

Gleichzeitig verlangt der Ausbau inklusiver Bildung erhebliche Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften. Die Inhalte der Ausbildung in sonderpädagogischen Studiengängen müssen an die Erfordernisse inklusiven Unterrichts genauso angepasst werden wie die Ausbildung von Lehrkräften an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Behinderung ist nur eine Heterogenitätsdimension. Deshalb reicht es nicht, sonderpädagogische Inhalte in die Ausbildung aufzunehmen und entsprechende Angebote für den Bereich der Fortbildung zu entwickeln. Vier zentrale Grundwerte und Kompetenzbereiche müssen in der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften berücksichtigt werden (vgl. European Agency for Development in Special Needs Education 2012, S. 13):

- Wertschätzung der Vielfalt der Lernenden (Vielfalt als Ressource)
- Unterstützung aller Lernenden (hohe Erwartungen an die Leistungen aller Lernenden)
- Zusammenarbeit mit anderen (Lehrern, Familien, Fachkräften)
- Kontinuierliche persönliche berufliche Weiterentwicklung (lebenslanges Lernen)

Insgesamt ist festzuhalten, dass als Voraussetzung zur Umsetzung der UN-BRK im Bildungsbereich ein klar formulierter politischer Wille notwendig ist. Für die Schaffung der notwendigen Strukturen zur Verankerung der UN-BRK und der darin vertretenen Werte bedarf – es mehr als bisher geschehen – des Engagements des Bundes. Dies gilt insbesondere in den Bereichen

- Kampagnen zur Bewusstseinsbildung in der Gesellschaft
- Investitionsprogramme für den Bildungsbereich
- Forschungsprogramme zu inklusiver Bildung.

Die größte Herausforderung dabei ist die Beförderung eines Bewusstseinswandels, der die Barriere des Denkens in Sondersystemen im Bildungsbereich aufhebt. Das gelingt nur als gesamtgesellschaftlicher Veränderungsprozess mit einem weitgehenden Strukturwandel auf Länderebene und bei den Kommunen. Um die Idee der Inklusion als Gesellschaftmodell weiter voran zu treiben, wird der BeB weiterhin Lobbyarbeit im Bildungsbereich betreiben sowie Strategien entwickeln und Projekte anstoßen, um den notwendigen Mentalitätswandel in Richtung inklusiver Denkmodelle weiter voran zu bringen.

7 Resümee und Ausblick

Das Projekt hat unter nicht planbaren und unerwartet schwierigen Bedingungen arbeiten müssen. Beide Mitarbeitende, die für die Planung und Durchführung des Projekts verantwortlich waren, haben den BeB nach rund zwei Dritteln der Projektlaufzeit verlassen. Zwar konnte nach einer gewissen zeitlichen Vakanz eine neue Projektmitarbeiterin eingesetzt werden, aber die bereits vorhandenen „Lücken“ konnten nicht vollständig aufgefangen werden. So war eine der Folgen eine geringere Begleitungsdichte für die Schulen und Verzögerungen im zeitlichen Ablauf. Eine intensive Begleitung der Schulen und der Arbeit der Steuerungsgruppen wurde auch erschwert durch die großen räumlichen Distanzen zu den Projektschulen. Den Austausch über den Schulentwicklungsprozess auch zwischen den Sitzungsterminen sicherzustellen, war für alle Beteiligten nicht einfach. Nicht in jedem Fall passten die Erwartungen der Schulleitungen mit dem Projektvorhaben überein, was leider erst während der Projektlaufzeit deutlich wurde.

Die Ausgangslage der fünf am Projekt beteiligten Schulen war so unterschiedlich, wie der Weg den sie – in Abhängigkeit von den jeweiligen Bedingungen – gegangen sind. Gemeinsam ist ihnen, dass sie Förderschulen in freier (diakonischer) Trägerschaft sind. Viele der Rahmenbedingungen, die eine inklusive Schule für guten Unterricht braucht, sind an Förderschulen bereits gegeben. Hierin liegt eine große Chance für die Förderschulen. Der Vorsitzende der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag, Thorsten Schäfer-Gümbel, kommentierte beim Besuch der Wichernschule der Nieder-Ramstädter Diakonie (Mühlthal, Hessen) und fasst damit ein wichtiges Ergebnis des Projektes zusammen: „Die Öffnung von Förderschulen für Kinder ohne Behinderung wurde viel zu lange unterbewertet. Dabei ist hier die Infrastruktur schon vorhanden im Gegensatz zu den meisten Regelschulen“ (Pressemeldung NRD vom 07.05.2013).

Das Projekt spiegelte die Lage in unserer Bildungslandschaft und bei den verschiedenen Trägern wider. Das Thema „Inklusion“ ist angekommen, hat große Begeisterung, viele Bedenken, aber auch großen Druck auf alle Akteure in den Schulen und bei den Trägern ausgelöst. Wichtig ist deshalb, innerhalb der jeweiligen Träger zu klären, welches Schulentwicklungskonzept den Weg zur inklusiven Schule unterstützen kann, wie Haltungen entwickelt werden, die in jedem Kind – hochbegabt oder mit Beeinträchtigung – eine Chance für eine gelingende soziale Gesellschaft sehen und wie eine breite Basis in der Bevölkerung für Veränderungen geschaffen werden kann.

Was wird aus den Schulen in den nächsten Jahren? Um diese Frage zu beantworten, plant der BeB eine Befragung der Schulen drei Jahre nach Abschluss des Projektes. So soll die weitere Entwicklung verfolgt und die Nachhaltigkeit des Projekts untersucht werden.

Neben der Präsentation der Projekterfahrungen während der BeB-Lehrer und Lehrerinnen-Tagung im März 2014 in Weimar beteiligt sich der BeB gemeinsam mit Diakonie und Caritas und dem Diakoniewissenschaftlichen Institut der Universität Heidelberg im Februar 2014 in Potsdam am Kongress „Wissenschaft trifft Praxis: Inklusion – Schule – Gesellschaft“. Auch hier werden die gewonnenen Projekterfahrungen durch die Schulen eingebracht.

Literatur

ALICKE Tina, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. im Auftrag des Deutschen Roten Kreuz (Hrsg.): Schule vielfältig und inklusiv gestalten. Beiträge der Jugendsozialarbeit – Expertise zur Qualitätsentwicklung, Berlin 2012

ALLIANZ DER DEUTSCHEN NICHTREGIERUNGSORGANISATIONEN ZUR UN-BEHINDERTEN-RECHTSKONVENTION (Hrsg.): Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit, Inklusion! Erster Bericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, Berlin 2013

AMRHEIN, Bettina; **BADSTIEBER**, Benjamin (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung): Lehrerfortbildungen zu Inklusion – eine Trendanalyse, Gütersloh 2013

BEAUFTRAGTER DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE BELANGE BEHINDERTER MENSCHEN: Inklusion geht alle an – Teilhabebericht vorgelegt. Pressemitteilung vom 31.07.2013
http://www.behindertenbeauftragter.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2013/PM28_Teilhabebericht_cm.html

BERTELSMANN STIFTUNG: Pressemeldung vom 23.03.2012: Inklusion, weil Kinder es wert sind. http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_111873.htm (Zugriff: 09:07.2013)

BEUTEL, Wolfgang: Unterricht und Schulentwicklung? Bausteine demokratischer Schulkultur, in: Beutel, Wolfgang, Fauser, Peter (Hrsg.): Demokratie, Lernqualität und Schulentwicklung, Schwalbach 2009 (81-112)

BRK-ALLIANZ (Hrsg.): Für Selbstbestimmung, gleiche Rechte, Barrierefreiheit, Inklusion! Erster Bericht der Zivilgesellschaft zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention in Deutschland, Berlin 2013

BOBAN, Ines, Hinz, Andreas: Qualitätsentwicklung des Gemeinsamen Unterrichts durch den „Index für Inklusion“, in: Pithan, Annebelle, Schweiker, Wolfhard (Hrsg.): Evangelische Bildungsverantwortung: Inklusion. Ein Lesebuch, Comenius Institut, Münster 2011 (29-33)

BOBAN, Ines: Bürgerzentrierte Zukunftsplanung in Unterstützernetzen. Inklusiver Schlüssel zu Partizipation und Empowerment pur, in: HINZ, Andreas, KÖRNER, Ingrid, NIEHOFF, Ulrich (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis, Marburg 2008 (230-247)

BOOTH, Tony, **AINSCOW**, Mel: Index für Inklusion. Lernen und Teilhabe in der Schule der Vielfalt entwickeln. Übersetzt und für deutschsprachige Verhältnisse bearbeitet und herausgegeben von Ines BOBAN und Andreas HINZ, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg 2003

BOOTH, Tony Ein internationaler Blick auf inklusive Bildung: Werte für alle? in: HINZ, Andreas; KÖRNER, Ingrid; NIEHOFF, Ulrich (Hg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis. Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung 2008 (53-73)

BUCHMANN, Florence: Schulentwicklung verstehen. Die soziale Konstruktion des Wandels, Münster/Berlin 2009 (75-107)

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (Hrsg.): Unser Weg in eine inklusive Gesellschaft. Der Nationale Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention, Berlin 2011

BUNDESMINISTERIUM FÜR ARBEIT UND SOZIALES (Hrsg.): Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen. Teilhabe – Beeinträchtigung – Behinderung. Bonn 2013

BUNDESVERBAND EVANGELISCHE BEHINDERTENHILFE (BeB): Von der Integration zu Bildungseinrichtungen, für die Inklusion selbstverständlich ist. Ein Positionspapier, Berlin 2008
http://www.beb-ev.de/files/pdf/stellungnahmen/2008-10_positionspapier_inklusion_schule.pdf

BUNDESVERBAND EVANGELISCHE BEHINDERTENHILFE (BeB): Inklusion in Bildungseinrichtungen – gleiche Chancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene mit hohem Unterstützungsbedarf. Vorschläge zur Gestaltung des vorschulischen, schulischen und nachschulischen Bildungsbereichs. Eine Handreichung, Berlin 2010
http://www.beb-ev.de/files/pdf/stellungnahmen/2010-04_handreichung_inklusion_bildung_hoher_unterstuetzungsbedarf.pdf

BUROW, Olaf-Axel, **HINZ**, Heinz: Die Entdeckung des Kreativen Feldes – oder: Wie die Schule bzw. die Organisation laufen lernt, in: BUROW, Olaf-Axel; HINZ, Heinz (Hrsg.). Die Organisation als Kreatives Feld. Evolutionäre Personal- und Organisationsentwicklung. Kassel 2005 (35-76)

EUROPEAN AGENCY FOR DEVELOPMENT IN SPECIAL NEEDS EDUCATION: Inklusionsorientierte Lehrerbildung – ein Profil für inklusive Lehrerinnen und Lehrer. Odense/Dänemark 2012

FAUSER, Peter: Warum eigentlich Demokratie? Über den Zusammenhang zwischen Verständnisintensivem Lernen, Demokratiepädagogik und Schulentwicklung, in: BEUTEL, Wolfgang, FAUSER, Peter (Hrsg.): Demokratie, Lernqualität und Schulentwicklung. Schwalbach. 2009 (17-42)

FERDIGG, Rosa Anna: Eine Schule für alle, wirklich alle? Traumvorstellung oder Wirklichkeit? Das Schulsystem in Südtirol, in: HINZ, Andreas; KÖRNER, Ingrid; NIEHOFF, Ulrich (Hg.): Auf dem Weg zur Schule für alle. Barrieren überwinden – inklusive Pädagogik entwickeln. Marburg 2010

GIESE, Christiane. [Qualifizierung „Prozessbegleitung“ in Berlin und Brandenburg 2011-2012. Das Konzept](#). Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, 2010. (Zugriff: 03.07.2013)
http://bildungsserver.berlin-brandenburg.de/fileadmin/bbb/schulqualitaet/schulentwicklung/organisationsentwicklung/PBQ_Konzept%20endg.pdf

HINZ, Andreas, Körner, Ingrid, Niehoff, Ulrich (Hrsg.): Von der Integration zur Inklusion. Grundlagen – Perspektiven – Praxis. Marburg 2012

HOVESTÄDT, Alfred: Sozialcourage. Das Magazin für soziales Handeln 4/2010 (27)

KLEMM, Klaus (im Auftrag der Bertelsmann Stiftung): Gemeinsam lernen. Inklusion leben. Status Quo und Herausforderungen inklusiver Bildung in Deutschland. Gütersloh 2010

MALECKI, Andrea: Sonderpädagogische Förderung in Deutschland – eine Analyse der Datenlage in der Schulstatistik., in: Statistisches Bundesamt, Wirtschaft und Statistik, Ausgabe 05/2013, S. 356 – 365, Wiesbaden 2013

https://www.destatis.de/DE/Publikationen/WirtschaftStatistik/BildungForschungKultur/SonderpaedagogischeFoerderung_52013.pdf?__blob=publicationFile (Zugriff: 11.09.2013)

MITTENDRIN e.V. (Hrsg.): Eine Schule für alle. Inklusion umsetzen in der Sekundarstufe. Mülheim an der Ruhr 2012

MOSER, Vera (Hrsg.): Die inklusive Schule. Standards für die Umsetzung. Stuttgart 2012

NIEDERRAMSTÄDTER DIAKONIE, Pressemeldung vom 07.05.2013, <http://www.nrd-online.de/de/aktuelles/meldungen/presse-2013/Thorsten-Schaefer-Guembel-besucht-NRD.php> Zugriff: 10.07.2013

PITHAN, Annabelle, **SCHWEIKER**, Wolfhard (Hrsg.): Evangelische Bildungsverantwortung: Inklusion. Ein Lesebuch. Comenius-Institut. Münster 2011

STÄHLING, Reinhard, **WENDERS**, Barbara: „Das können wir hier nicht leisten.“ Wie Grundschulen doch die Inklusion schaffen können. Baltmannsweiler 2013

SEYDEL, Otto: Pädagogische Perspektiven für den Schulbau – 12 Thesen <http://forum-kritische-paedagogik.de/start/?p=265> (Zugriff: 08.07.2013)

THIES, Wiltrud: Und es geht doch! Praxisbeispiele und Erfahrungen, in: HINZ, Andreas, KÖRNER, Ingrid, NIEHOFF, Ulrich (Hrsg.): Auf dem Weg zur Schule für alle. Marburg 2010. (153-169)

